Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

11.05.1932 (Nr. 97)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfennig

BNZ

Mittwoch, 11. Mai 1932 • Nummer 97

Unsere Parole:

Jeder wirbt einen neuen Bezieher für die B. N. Z.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbo., Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugpr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Textteil RM 0.50, auswärts RM 0.70, Stellengesuche RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Das Kabinett im Zusammenbruch

Pg. Strasser entwickelt im Reichstag das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm

Groener blamiert das Kabinett der Frontsoldaten

„Hilfloses Gestammel"

Die gestrige Reichstagssitzung stand im Zeichen zweier großer nationalsozialistischer Reden, in denen Pg. Gregor Strasser das Arbeitsbeschaffungsprogramm der NSDAP. entwickelte und Pg. Göring mit der Reichsregierung und dem SA.-Verbot abrechnete. Die Ausführungen Gregor Strassers hinterließen durch ihre unwiderlegliche Stichhaltigkeit einen so tiefen Eindruck, daß heute auch der Systempresse nichts anderes übrigbleibt, als die Richtigkeit unserer Gedankengänge anzuerkennen.

Als im späteren Verlaufe der Sitzung Pg. Göring das Wort ergriff, begannen SPD. und KPD. wieder einmal zu toben und auch die Mittelparteien taten entrüstet, als Göring z. B. darauf hinwies, daß **das Verbot der SA. zur moralischen Abrüstung des Freiheitswillens in Deutschland beitrüge.** Trotz der Schärfe seiner Ausführungen unterstrich auch Göring zum Schluß **die Bereitschaft der NSDAP.** mit den Parteien zusammenzuarbeiten, die bereit sind, einen grundsätzlichen Systemwechsel herbeizuführen. Da auch diese Rede einen starken Eindruck hinterließ, glaubte man bei den Systemparteien, daß nunmehr Reichskanzler Brüning das Wort ergreifen würde, um von seinem Ansehen zu retten, was noch zu retten ist. Statt dessen überließ er diese Aufgabe dem Reichsinnenminister Groener, dessen Ausführungen das

„hilfloseste Gestammel war, das jemals ein Minister vor dem Reichstage vorgetragen hat".

Das behaupten nicht etwa wir, denn dafür würden wir mindestens vier Wochen verboten, sondern diesen Satz schreibt der Berliner Vertreter der Bremer Nachrichten und auch die Weser-Zeitung stellt fest, daß Groener nicht in der Lage war, seine Rede frei zu halten, und daß seine Ausführungen im ganzen Hause lautes Gelächter hervorriefen. Der Reichskanzler sei immer nervöser geworden und die anderen Mitglieder des Kabinetts hätten verzweifelt in den Tumult hineingesehen. Im ganzen Hause habe sich ein allgemeines Bedauern mit dem Reichsminister Groener verbreitet, der hier zweifellos seinen Schwanengesang gehalten habe und selbst die Wilhelmstraße gibt noch spät abends bekannt, daß zunächst Folgerungen aus dieser Katastrophe nicht gezogen werden sollen, aber man gebe immerhin zu, daß **der Reichsinnenminister vollständig verunglückt sei.**

Gregor Strasser nutzte die Gelegenheit aus und stellte sofort den Antrag, die **Rede Groeners auf Schallplatten durch Rundfunk verbreiten zu lassen** und er beantragte weiterhin, die Sitzung zu unterbrechen, damit die Regierung Gelegenheit habe, nachzuprüfen, **ob Groener noch weiter die öffentliche Sicherheit gewährleiste und die Armee in Deutschland führen könne.** Die in diesen Forderungen zum Ausdruck kommende vernichtende Kritik des ganzen Kabinetts brachte einen neuen Entrüstungssturm. Strasser wurde von der Sitzung ausgeschlossen, blieb aber im Saal, die Sitzung flog auf, der Aeltesten-Ausschuß trat zusammen und mußte den Ausschluß des Pg. Strasser zurücknehmen.

Dem System blieb am gestrigen Tage nichts erspart, und wären wir wirklich so bösartige Menschen, wie man uns immer darstellt, wir würden uns schütteln vor Lachen. So aber bringen wir einiges Mitleid mit Herrn Groener auf und hoffen, daß man diesem Mann weitere Blamagen für alle Zukunft erspart. Er hat den Ruhestand vollauf verdient.

Zu all dem Unglück, das gestern über das Reichskabinett hereingebrochen ist, kommen noch weitere Sorgen. So hat die **Wirtschaftspartei,** die sonst der marxistischen Wirtschaftspolitik der Reichsregierung treue Gefolgschaft geleistet hat, Mißtrauensanträge gegen Schiele und Schöningen eingebracht und die Nationalsozialisten haben mit ihrem Antrag, auch **die sozialdemokratischen Gottlosenverbände** zu verbieten, das Zentrum in eine böse Klemme gebracht, während die Deutschnationalen gleichfalls einen Antrag auf Verbot des Reichsbanners gestellt haben, dessen Annahme nicht ganz ausgeschlossen erscheint. So steuert das Reichskabinett in einen bösen Strudel und man kann mit Sicherheit darauf rechnen, daß Reichskanzler Brüning heute seine ganze Kraft und rhetorische Begabung in den Dienst der Sache stellen wird, um noch zu retten, was zu retten ist. Aber wenn es selbst Dr. Brüning gelingen sollte, diese Reichstagssitzung zu überstehen, so sind seine Tage gezählt, denn er braucht für sein Weiterbestehen unbedingt einen starken innenpolitischen Erfolg, der schon jetzt endgültig zum Teufel ist.

Wir Nationalsozialisten stehen diesem zusammenbrechenden Kabinett mit aller Ruhe und Gelassenheit gegenüber. Wir werden eingreifen und handeln, wenn die Zeit uns als gegeben erscheint. —art.

Wir schaffen Arbeit und Brot!

Berlin, 11. Mai. In der gestrigen Reichstagssitzung sprach als erster nationalsozialistischer Redner Pg. Gregor Strasser. Er führte aus:

Abg. Strasser (Nat.-Soz.) führte aus, die Reichsregierung **beschränke ihre ganze Politik auf den Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung.** Die gesamte Propaganda der Reichsregierung in den letzten Wahlkämpfen richtete sich darauf, die Nationalsozialisten vor dem Volke und vor dem Auslande zu infamieren.

Die Behauptung der Regierungsparteien, daß der Sieg der Nationalsozialisten automatisch den Bürgerkrieg zur Folge haben werde, sei vom staatspolitischen Standpunkte aus um so gefährlicher, als wohl niemand im Hause mehr daran zweifle, daß die **Lösung der großdeutschen Frage niemals gegen und ohne die Nationalsozialisten durchgeführt werden könne.**

Wenn man heute sagt, der Aufstieg der Nationalsozialisten sei lediglich die Folge der großen Unzufriedenheit im Volke, so muß man fragen: Woher kommt die Unzufriedenheit? Sie ist die Schuld der Regierung und der Regierungsparteien. (Sehr wahr bei den Nat.-Soz.) Der Aufstieg ist in erster Linie

der Protest des Volke gegen einen Staat,

der das Recht auf Arbeit und die Wiederherstellung des Nationalgefühls behindert.

Die große antikapitalistische Sehnsucht, die durch unser Volk geht, ist der **Prozeß gegen eine entartete Wirtschaft.** Man fordert vom Staat, daß mit diesem materialistischen Denken gebrochen und für ehrlich geleistete Arbeit ein ehrliches Auskommen gewährleistet wird.

Wie es um die Leistungen des zusammenbrechenden Systems bestellt ist, zeigte mir so recht die Parole der SPD. vom 1. Mai. Nach 70 Jahren einer unerhörten Machtstellung, in denen Millionen deutscher Arbeiter Ihnen (zu den Sozialdemokraten) die Besserung ihres Lebens in Hoffnung anvertraut haben, wissen Sie nichts anderes zu sagen als: Arbeitszeitverkürzung, Völkerfrieden und Klassenhaß. Sie bekennen sich zum Gedanken der Völkerversöhnung, während Deutschland von waffenstarrenden Mächten umringt ist und Sie stören die Möglichkeit, sich demgegenüber durchzusetzen, **wenn Sie im eigenen Volk den Klassenhaß zur sinnlos zerstörenden Parole erheben.** (Lebhafter Beifall bei den Nat.-Soz.) Auch wir wollen Frieden, Frieden nach außen und Ordnung im Innern. Wer die außenpolitischen Behauptungsmöglichkeiten Deutschlands zerstört, **zerstört damit auch die Lebensfähigkeit des deutschen Arbeitnehmers.**

Arbeitszeitverkürzung ist jetzt ihr Allheilmittel.

Arbeitszeitverkürzung bedeutet praktisch

16prozentigen Lohnabbau für Millionen.

Minderung der Kaufkraft, Verminderung der Arbeitsmöglichkeit. Weil man den Arbeitslosen keine Arbeit geben kann, möchte man einen Ausgleich auf dem Wege schaffen, auf dem alle verhungern. Nicht Kapital schafft Arbeit, sondern umgekehrt Arbeit schafft Kapital. Der Artikel 169 der Reichsverfassung wird einmal dahin zu ändern sein, daß **jeder Deutsche das Recht auf Arbeit haben muß.**

Wir brauchen eine großzügige Wohnungs- und Bevölkerungspolitik. Das Wohnproblem ist das größte aller sozialen Probleme. Insbesondere muß durch den Bau von Eigenheimen der Lage des Großstädters Rechnung getragen werden. Wir haben hier jederzeit die Möglichkeit (zu den Soz.), Ihr Verhalten zu meiner Rede bei den hinter uns stehenden 12 Millionen Deutschen gegebenenfalls als einen Verrat an der Arbeiterschaft zu brandmarken. **Die letzten Wahlen sollten Sie doch bescheidener gemacht haben!** Es ist nicht damit gedient, daß Sie hier als

Parterre-Akrobaten der Tolerierungspolitik

herumlaufen. (Zustimmung und Heiterkeit bei den Nationalsozialisten.) Wenn wir den deutschen Boden meliorisieren, erhöhen wir den deutschen Reichtum und brauchen dazu nichts, als die Mobilisierung der deutschen Arbeitskräfte.

Die Urbarmachung brachliegender Flächen würde jährlich für 100 000 Menschen neue Siedlungsmöglichkeiten schaffen. Wir haben von jeher nicht bezweifelt, daß Reichskanzler Brüning mit festem Willen an die Bewältigung der Probleme herangegangen ist. **Aber er hat sich dabei mit Parteien verbündet, mit denen man einfach nicht zusammengehen kann.** Man hat uns gefragt, wo unsere Köpfe seien. Wir stellen die Gegenfrage:

Wo sind Ihre Köpfe, Herr Reichskanzler?

Was, Herr Reichskanzler, haben Sie mit Ihrem Wirtschaftsführern erreicht? Ist nicht der Ertrag von Generationen zunichte gemacht worden? Regieren, Herr Reichskanzler, kann man nur mit großen Parteien, die weitgehend diszipliniert sind und die das Vertrauen der Massen des deutschen Volkes haben. Dieses Vertrauen haben wir uns erworben, indem wir unsere Bewegung aus nichts gegen Sie alle aufgebaut haben. Die Erfüllung unserer Aufgabe gebe uns der Herrgott. Das Urteil überlassen wir der Geschichte! (Langanhaltendes Händeklatschen und Heil-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Abg. **Hepp** (Landvolk) bezeichnet es als einen schweren Fehler, daß man nicht bereits nach den Reichstagswahlen von 1930 die großen politischen Kräfte der Rechten zur Verantwortung mit herangezogen habe. **Das Verbot der SA. und SS. der Nationalsozialisten werde von der Landvolkpartei in keiner Weise gebilligt.**

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Präsident Loebe die erste Lesung des Schuldentilgungsgesetzes.

Abg. **Dr. Frick** (Nat.-Soz.) beantragt Ueberweisung des Gesetzes an den Haushaltsausschuß.

Abg. **Esser** (Zentr.) widerspricht diesem Antrag.

Im Hammelsprung wird die Ausschußüberweisung mit 264 gegen 209 Stimmen abgelehnt.

In zweiter Lesung werden ohne besondere Abstimmung die §§ 1—7 des Schuldentilgungsgesetzes gegen die Rechte und die Kommunisten angenommen.

Zu § 8, der die Kreditermächtigung zur Auflegung einer Prämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung enthält, wird von der DVP. ausdrückliche Abstimmung gefordert.

Da das Ergebnis der einfachen Abstimmung zweifelhaft ist, muß wiederum Hammelsprung erfolgen.

§ 8 wird mit 245 gegen 224 Stimmen angenommen. Annahme findet auch § 9, womit die zweite Lesung des Schuldentilgungsgesetzes beendet ist. Die dritte Lesung findet am Donnerstag statt.

Abg. **Göring** (Nat.-Soz.) erinnert daran, daß sich das Kabinett Brüning vor zweieinhalb Jahren als **Kabinett der Frontsoldaten** eingeführt habe. Wir glaubten selbst, so fährt er fort, daß, wenn es in diesem Geiste arbeiten würde, es tatsächlich Aufbauarbeit leisten könnte. Es zeigte sich aber bald, daß man es besser bezeichnen konnte als **„Kabinett der Illusionen"**. Einer Illusion nach der anderen hat es sich hingegeben und mußte erkennen, daß es schrittweise seine Politik dem Niedergang entgegenführte. Dieses bürgerliche Kabinett war derart stark an die Politik der Sozialdemokratie angelehnt, daß es gar nicht anders konnte als **die verderbliche Politik dieser Partei fortzuführen.** Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir diesem Kabinett in seiner Gesamtheit unser Mißtrauen aussprechen. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, auf allen Gebieten der Politik hat es restlos versagt.

Es ist nach unserer Auffassung nicht möglich, Herr Reichskanzler, mit der Teilnahme an internationalen Verhandlungen die Lage des Volkes zu bessern, sondern eine gesunde Politik im Innern muß erst die Möglichkeit schaffen, an solchen Verhandlungen mit Erfolg teilzunehmen. Wir sehen die wirkliche Bedeutung der Brüningschen Außenpolitik deutlich **in der geringen Einschätzung Deutschlands.** Ich erinnere an Danzig und Memel. Das sollen die Leistungen der Außenpolitik sein, daß die Bedrohung der Ostgrenzen heute stärker denn je ist? Auch in der Memelfrage sehen wir keinen Erfolg. Wenn sich in Memel die deutsche Richtung durchgesetzt hat, und ein Sturm der Entrüstung entstanden ist, so ist das kein Verdienst der deutschen Außenpolitik. (Sehr richtig bei den Nationalsozialisten.) Die starke nationale Welle im Reich ist über die Grenzen hinausgegangen und hat nicht das Signum Brünings, sondern das Signum Hitlers. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.) **Wenn Danzig noch nicht ein Raub der Polen geworden ist,** dann ist das nicht Ihrer Außenpolitik, Herr Reichskanzler, zu verdanken, sondern dem starken nationalen Willen, den wir dort entfacht haben, und wozu auch Hitler selbst beigetragen hat. Wir warnen davor, daß aus dieser deutschen Stadt der Funke entsteht, der zum zweiten Male Europa erschüttern könnte.

Solange wir da sein werden, wird Danzig nicht in polnische Hände fallen.

Auch die Abrüstungskonferenz ist bisher kein Erfolg gewesen. Wir wünschen nicht, daß **ein italienischer Außenminister die deutsche Politik zu vertreten hat** und das sagen muß, was ein deutscher Minister sagen müßte. (Beifall rechts.)

Das Verbot der SA.

war nichts anderes als eine moralische Abrüstung des Freiheitswillens durch die Regierung. Das Lebensrecht der deutschen Nation ist nie stärker als von unserer Bewegung betont worden. Die SA. hat niemals Waffen besessen. (Widerspruch links.) Sie hatte ausschließlich **den politischen Schutz gegen jenen Mordterror der Linken** durchzuführen, das wußten der Reichskanzler und der Wehrminister auch. Man begründet das Verbot der SA. damit, daß sie militärähnlich sei. Dieser Ausdruck läßt alle möglichen Erläuterungen zu. Wenn jeder Reminiszenz an militärische Gebräuche unterdrückt wird, wie wollen Sie (zum Reichswehrminister gewandt) da den Wehrwillen der Nation aufbauen? Auf der einen Seite behauptet man, die SA. sei militärähnlich, auf der anderen Seite beschuldigt man sie, daß sie die deutsche Grenze nicht decken wolle. Das ist ein Widerspruch, der geklärt werden muß. Wir wissen, daß die lächerliche Aktion, die sich Herr Severing erlaubt hat, restlos zusammenbrechen wird. Ich protestiere, daß dieser Bewegung Landesverrat untergeschoben wird. **Für Landesverrat sind Sie (nach links gewandt) zuständig.** (Unaufhaltendes Händeklatschen bei den Nationalsozialisten — dauernde Rufe der Kommunisten und Sozialdemokraten: „Lump", „Schuft" und „Sie Lümmel." — Vizepräsident Esser ruft den Redner zur Ordnung und ermahnt das Haus zur Ruhe mit den Worten: „Wir haben doch eineinhalb Tage lang friedlich verhandelt!") **Die Herren haben doch betont, daß der Vorwurf des Landesverrats für sie nicht entehrend sei.** (Neue erregte Zurufe der Sozialdemokraten.)

Göring wendet sich an den Reichskanzler mit den Worten: **„Ist es richtig, Herr Reichskanzler, daß Botschafter von Hoesch vor dem SA.-Verbot wiederholt in dringenden Telegrammen darauf hingewiesen hat, daß das Verbot sowohl für die Abrüstungsverhandlungen als auch für die sonstigen außenpolitischen Verhandlungen notwendig sei?"**

Reichskanzler Dr. Brüning: „Ich kann diese Frage sofort beantworten, und zwar dahin, daß in keinem Telegramm der Botschafter von Hoesch sich mit der Frage eines Verbots der SA. jemals beschäftigt hat." (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. Anhaltende Pfui-Rufe links.)

Abg. Göring fährt fort: Der Herr Reichskanzler arbeitet mit dem Argument, daß Deutschland durch dieses Verbot **gewisse Erleichterungen in außenpolitischen Verhandlungen** erlangen konnte. Es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, gerade den starken nationalen Gehalt dieser Bewegung zu betonen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn der Gegner im Osten gegen Deutschland vorgehen will, er nur einverstanden sein kann mit der **Unterdrückung jener Organisation, die als Ausdruck des nationalen Lebenswillens betrachtet werden müsse, da die Stützen des Kabinetts, Sozialdemokratie und Reichsbanner pazifistisch-demokratische Organisationen sind, die zum Teil den Kriegsdienst verweigern.** (Zurufe der Sozialdemokraten: Unerhört! Lump!) Es ist heute davon gesprochen worden, daß die Richter den Eid auf die Republik abgelegt hätten und ihr Gehalt von der Republik bekämen. Das ist eine bewußte Rechtsbeugung. Bisher hat zu unserem Bedauern Severing persönlich noch nicht die Polizei bezahlt, sondern das deutsche Volk bezahlt die Richter und die Polizei. Immer wieder ist es die Angst vor der Auflösung des Parlaments, mit der der Reichskanzler die Mittelparteien in das kaudinische Joch hineinzwingt. **Die Basis des Kabinetts Brüning ist nichts anderes als die Angst vor dem Nationalsozialismus.** Hätten wird nicht die SA. gehabt, dann würde heute überhaupt keine Ordnung mehr in Deutschland möglich sein. (Lebhaftes Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.) Das ewige Verbeugen vor den Organisationen des Marxismus **muß bei der Truppe die Erinnerung an die Rote Fahne im Rücken der kämpfenden Armee wachrufen.** Ein Wehrminister dürfte sich überhaupt nicht mit Kriegsdienstverweigerern verbünden. Vor zwei Jahren wäre noch Zeit gewesen, endgültig von dem Kurs mit der Linken abzugehen. Seitdem ist der **nationale Wille in Deutschland aufs schärfste unterdrückt worden, so daß wir geradezu verpflichtet sind, diesem Kabinett unser Mißtrauen auszusprechen.** Ein nationalsozialistisches Deutschland wird seine Grenzen vor allem auch dadurch schützen, daß es die Verräter im Innern zuerst beseitigt.

Wenn wir unsere Bereitschaft zur Uebernahme der Verantwortung ausgesprochen haben, so nicht etwa aus Sehnsucht nach Ministersesseln (Lachen links), sondern um dem entgegen zu wirken, daß Deutschland dem Chaos nähergebracht wird. Wenn man den Nationalsozialisten vorwirft, mit dem Gedanken einer neuen Inflation zu spielen, so vergißt man dabei ganz, daß sich der ehemalige sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding, der Fachmann für Inflation, zurückgesetzt fühlen muß. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten — ein Sozialdemokrat wird wegen des Zurufs „Blöder Hammel!" zur Ordnung gerufen.) Das Kabinett Brüning genießt nicht mehr das Vertrauen des deutschen Volkes. Das Volk verlangt andere Männer! **Jeder Tag, den die Regierung Brünings länger am Ruder bleibt, vergrößert den Scherbenhaufen, der von ihr geschaffen worden ist.** Jetzt, nachdem wir aus den Ländern wahlen so stark hervorgegangen sind, wenden wir uns ausdrücklich an alle Parteien, die bewußt am Aufbau Deutschlands arbeiten wollen. Wir reichen ihnen die Hand zu gemeinsamen Aufbau, lassen aber auch darüber keine Unklarheit, daß ein völlig neuer Kurs Platz greifen muß. Wer unter diesen Umständen bereit ist, mit uns zusammenzuarbeiten, den werden wir nicht zurückstoßen. Die Nationalsozialisten werden weiter daran arbeiten, ihre historische Mission zu erfüllen. Die erste Voraussetzung für jede Aufbauarbeit ist, daß das Kabinett Brüning verschwindet. Das Kabinett Brüning muß beseitigt werden, damit Deutschland leben kann! (Anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Reichsminister Groener

erklärte, wenn der Abg. Göring der Regierung und mir den Vorwurf gemacht hat, daß wir durch das Verbot der SA. und SS. der Nationalsozialisten die moralische Abrüstung des Freiheitswillens herbeigeführt hätten, so muß ich dagegen ernsteste Verwarnung einlegen. (Erregt mit der Faust auf das Rednerpult schlagend): Ich verbitte mir das! (Händeklatschen in der Mitte — erregte Zurufe bei den Nationalsozialisten.) Die Bezeichnung „militärähnlich in dem Verbot diente lediglich zur Beschreibung der in Betracht kommenden Organisationen. Das Verbot gründete sich aber auf die Gefahr für die Staatsautorität, die darin bestand, daß für Zwecke einer einzigen politischen Partei und in der Hand einer einzigen, politischen Persönlichkeit (Zuruf links: Eines Regierungsrats!) ein wohlgeschultes und stark zentralisierter Apparat von 400 000 jungen Männern bereitstand, der mit der Aufrechterhaltung der Staatsautorität unvereinbar war. (Lachen bei den Nationalsozialisten — Zuruf: Sie sind ein scheener Soldat!) Der Abg. Göring hat die vaterländische Gesinnung der SA. gerühmt. Soweit diese bei der ungleichmäßigen Zusammensetzung der SA. tatsächlich vorhanden ist, will ich sie ebenfalls rühmen. Aber wie steht es mit den Reden der Führer? Ich will nur auf die Hitler-Rede in Lauenburg hinweisen. Sie haben versucht, das wegzuwischen. (Es kommt zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Minister und dem Abg. Göring. Abg. Göring wird von seinen Parteigenossen davon zurückgehalten, zum Rednerpult vorzudringen. Er ruft wiederholt: **Es geht um die Ehre meines Führers!**

Die weiteren Ausführungen des Reichsinnenministers gehen zum Teil im allgemeinen Gelächter des Hauses unter. Immerhin ist soviel zu verstehen, daß er behauptet, die SA. sei staatsgefährlich, während das internationale Reichsbanner staatserhaltend und staatsschützend sei. Besonders beklagte er sich darüber, daß durch den SA.-Führer Röhm die Organisation der SA. unter straffer zentralisierter Zusammenfassung fabelhaft durchdacht und durchgliedert gewesen sei. Auf der anderen Seite habe das Reichsbanner nie zum Bürgerkrieg gehetzt und seine Führer seien nur gelegentlich in ihren Reden entgleist. Im übrigen wolle er den Geist der Vaterlandsliebe für die Regierungsparteien im ganzen deutschen Volk ausbreiten.

Die Wirkung der Rede war so deprimierend für die Regierungsparteien, daß Pg. Strasser beantragte, die Rede des Reichswehrministers auf Schallplatten in Deutschland zu verbreiten. Des weiteren solle sich das Reichskabinett einmal überlegen, ob dieser Mann noch weiterhin die öffentliche Sicherheit und die Armee in Händen halten dürfe. Bei diesen Ausführungen entsteht ein neuer Tumult, den wir schon in unserer Einleitung geschildert haben.

Nach seiner Beilegung spricht noch der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell, worauf die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt werden.

Letzte Drahtnachrichten

Nationalsozialistischer Landtagspräsident in Württemberg

Stuttgart, 10. Mai. Der neugewählte Württembergische Landtag hielt am Dienstag nachmittag seine erste Sitzung ab. Zum Präsidenten des Landtags wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Mergenthaler gewählt, und zwar mit 52 von 80 Stimmen. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt die Abgeordneten Andre vom Zentrum und Pflüger von der Sozialdemokratie, der im alten Landtag Präsident gewesen ist. Die Wahl des Staatspräsidenten wird voraussichtlich in vierzehn Tagen stattfinden.

Schwere Ausschreitungen gegen Polizeibeamte in Essen

Essen, 10. Mai. Am Dienstag fand auf dem Republik-Platz eine Kundgebung der Notstandsarbeiter statt, der sich ein Demonstrationszug anschloß, an dem etwa 3500 Personen teilnahmen. Auf dem Viehhofer Platz erhielt ein Polizeibeamter bei dem Versuch, Straßenpassanten vor Zugteilnehmern zu schützen, einen Messerstich in die linke Brustseite. Auf dem Ehrenzeller Platz, wohin sich der Zug bewegte, wurde ein Reviervorsteher und ein Hauptwachtmeister von Zugteilnehmern tätlich angegriffen und verletzt. Der Zug wurde dann von der Polizei aufgelöst.

Etwa um 21 Uhr griffen zwei- bis dreihundert Personen mehrere Polizeibeamte im Stadtteil Segeroth an, doch wurden sie zurückgedrängt. An der Ecke Matthiasstraße und Josephstraße wurden die Polizeibeamten beschossen und mit Steinen beworfen. Die Beamten erwiderten das Feuer; dabei wurden drei Personen verletzt.

Lebrun Staatspräsident von Frankreich

Versailles, 10. Mai. Senatspräsident Albert Lebrun ist im ersten Wahlgang mit 643 Stimmen von insgesamt 826 Stimmen mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt worden. Paul Faures erhielt 96 Stimmen. Der Kommunist Cachin 21 Stimmen. Das Wahlergebnis wurde um 16.35 Uhr verkündet.

Die Regierung Tardieu zurückgetreten

Paris, 10. Mai. Nachdem der neue Staatspräsident Lebrun im Palais Luxemburg seine Amtsräume bezogen hatte, überreichte Ministerpräsident Tardieu ihm in Gegenwart des gesamten Ministeriums das Rücktrittsgesuch. Der neue Präsident hat das Gesuch angenommen.

Die Londoner Morgenblätter zur Rede Strassers

London, 11. Mai. Die Londoner Morgenblätter veröffentlichen an hervorragender Stelle die Ausführungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Gregor Strasser über das Wirtschaftsprogramm der NSDAP. Die „Times" betont, daß es sich teils um völlig neue Wege handele, fügt aber hinzu, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen Dr. Brünings bereits eine gewisse Annäherung an die nationalsozialistischen Bestrebungen gezeigt haben. Die Brüning-Regierung habe eine Reihe von Forderungen der NSDAP. in milderer Form in die Praxis umgesetzt.

Drei Eisbrecher festgefroren

Oslo, 11. Mai. Das „Stavanger Abendblatt" hat von Kapitän Ponomarew des russischen Eisbrechers „Krassin" eine drahtlose Meldung erhalten, worin es heißt, daß die drei russischen Eisbrecher „Malygin", „Lenin" und „Krasin" im Eis festliegen und zwar westlich vor der Insel Bagagtz. „Malygin" hat jetzt im Polareis sechs Monate, „Lenin" fünf Monate und „Krassin" fast zwei Monate festgelegen.

Neue japanische Truppen in der Mandschurei

Tokio, 11. Mai. Die 14. japanische Division, die von Schanghai zurückgezogen wurde, ist, wie das japanische Kriegsministerium mitteilt, in Dairen eingetroffen. Sie wird in den Kämpfen gegen die chinesischen Freischärler in der Nordmandschurei eingesetzt werden.

Mißtrauensanträge gegen Schiele und Schlange-Schöningen

Berlin, 10. Mai. Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag Mißtrauensanträge gegen den Reichsernährungsminister Schiele und den Reichskommissar für die Osthilfe, Schlange-Schöningen, eingebracht. Sie will, wie sie betont, damit dokumentieren, daß sie mit der Politik dieser Minister in der Frage der Osthilfe nicht einverstanden ist, weil dadurch die Gewerbetreibenden benachteiligt würden.

17 von 20 Sitzen für die NSDAP.

Köthen, 10. Mai. Die Wahl zum Allgemeinen Studentenausschuß an der Gewerbehochschule Köthen ergaben folgendes Resultat:

Abgegeben wurden 470 Stimmen. Davon waren 26 ungültig. **Die nationalsozialistische Liste „Deutschland erwache!" erhielt 377 Stimmen und somit 17 Sitze.** Die Liste der katholischen Verbindungen erhielt nur 67 Stimmen und drei Sitze. Die nationalsozialistischen Studenten der Gewerbehochschule Köthen haben somit weitaus die absolute Mehrheit.

Polen hungert Danzig aus

Rumänien im polnischen Hafen Gdingen.

In Gdingen, dem polnischen Konkurrenzhafen Danzigs, wurde eine Polnisch-Rumänische Handelskammer gegründet, welche die Pflege der polnisch-rumänischen Handelsbeziehungen zur Aufgabe hat.

Im Zusammenhang mit dieser Gründung versucht Polen, die Ausfuhr rumänischer Agrarprodukte über die polnischen Eisenbahnen nach dem Ausfuhrhafen Gdingen zu leiten und so vor allen Dingen Danzig einen Schlag zu versetzen. Gegenwärtig werden in Gdingen für Rumänien Kühlhäuser gebaut, die der Belebung des Handelsverkehrs im oben geschilderten Sinn dienen sollen. Wir halten es für notwendig, daß die deutsche Regierung sofortige Gegenmaßnahmen trifft.

Zunächst einmal wäre die Einfuhr von rumänischen Agrarprodukten über Gdingen zu sperren oder mit hohen Zöllen zu belegen. Dann muß dafür Sorge getragen werden, daß die deutsche Landwirtschaft durch staatliche Unterstützung erfolgreich gegen Rumänien konkurrieren kann. Ferner wären handelspolitische Maßnahmen gegen Rumänien als Vergeltung für die gegen Deutschland und Danzig gerichtete rumänisch-polnische Zusammenarbeit zu erwägen. Wenn wir auch machtlos sind, so können wir doch den kleinen Staaten durch entsprechende Handelspolitik unseren Willen zur Kenntnis bringen.

Kleine Politik

Prälat Kaas hat in Berlin sich erneut dazu bekannt, daß die Lösung der deutschen Not nicht auf nationalem Gebiet liege, sondern international entschieden werden müsse.

In Berlin veranstalteten Kommunisten Kundgebungen gegen das Verbot ihrer Gottlosenverbände.

Zurzeit werden von russischen Stoßbrigaden die Geschäftsstellen der revolutionären Gewerkschaftsopposition geprüft, um den Reinfall der Kommunisten bei den letzten Wahlen klarzustellen.

Der österreichische Bundespräsident hat den bisherigen Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß mit der Neubildung der österreichischen Regierung betraut.

In Südslavien ist ein Offizierskomplott aufgedeckt worden, das zu zahlreichen Verhaftungen geführt hat.

In den Savoyer Alpen findet zurzeit ein schwerer Erdrutsch statt, der zwei Dörfer zu vernichten droht.

Der englische Schatzkanzler kündigt neue umfangreiche Einsparungen im Staatshaushalt an.

Der General der Kavallerie, Freiherr von Gebsattel, ist in Linz gestorben.

In Lyon konnten erst 14 von 32 Toten geborgen werden.

Das amerikanische Riesenluftschiff „Akron" befindet sich im Sturm und scheint hilflos zu treiben.

Ring der Bauwirte

Presse-Information — und was wir dazu sagen

Der Ring der Bauwirte, Reichsverband der Bauwirtgemeinschaften e. V., hatte für gestern abend zu einer Presse-Information eingeladen. Der verantwortliche Schriftleiter des Nachrichtenblattes der Bau- und Wirtschaftsgemeinschaften Deutschlands, „Der Schlüssel zum Eigenheim„, Herr Ernst Helmers, machte zunächst Ausführungen über die Organisation, denen wir folgendes entnehmen:

In Verbindung mit den Veröffentlichungen über den von dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung beantragten Konkurs der Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H., Bremen, wurde verschiedentlich auch der Name „Ring der Bauwirte" genannt. Man ging stellenweise soweit, den „Ring der Bauwirte" mit der Genossenschaft Bremen zu identifizieren. Es ist daher an der Zeit, über die Organisation „Ring der Bauwirte" näheren Aufschluß zu geben.

Der „Ring der Bauwirte" in seiner heutigen Form ist ein Verband der Bau- und Wirtschaftsgemeinschaften und anderen Bauwirt-Organisationen in der Form eines eingetragenen Vereins mit dem Namen:

Ring der Bauwirte, Reichsverband der Bauwirtgemeinschaften e. V., mit dem Sitz in Bremen.

Dieser Verein wurde gegründet am 14. November 1931 und am 5. Februar 1932 in das Vereinsregister des Amtsgerichts zu Bremen eingetragen. Was man heute noch fälschlicher Weise als den „Ring der Bauwirte" ansieht, ist die Komm.-Ges. Heilmann u. Co., Bremen. Diese war bis zum 1. Oktober 1931, also bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Bausparkassen, die Dachorganisation der Bau- und Wirtschaftsgemeinschaften.

„Ring der Bauwirte" war somit bis zu dem 14. November 1931 lediglich eine symbolische Bezeichnung für die vereinigten Bauwirtgemeinschaften, ohne daß damit ein organisatorischer Zusammenschluß gegeben war.

In ein und derselben Hauptleitung war die Durchführung der materiellen und ideellen Aufgaben vereinigt. Das bereits erwähnte Bausparkassengesetz verlangte aber nunmehr eine Trennung dieser Aufgabenbereiche. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Zeit wurden an Stelle einer Dachorganisation zwei neue Spitzenorganisationen errichtet: 1. Die Bauwirtring Aktiengesellschaft, Bremen. In ihr vereinigten sich die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaften als Aktionäre und Bausparkassen, um nach dem neuen Geschäftsplan dieser Gesellschaft die Bauspargeschäfte weiter zu führen. 2. Der Ring der Bauwirte, Reichsverband der Bauwirtgemeinschaften e. V., Bremen. Dieser bildet den Zusammenschluß der Genossenschaften für alle anderen wirtschaftlichen Aufgaben. Hierbei muß besonders betont werden, daß der „Ring der Bauwirte" nunmehr auf rein ideeller Basis arbeitet, daß er vor allem keinerlei Bauspargeschäfte betreibt. Eine dieser Organisation angehörige Verbandsgenossenschaft ist die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H., Bremen, deren Berufung gegen den Konkursantrag am 11. Mai 1932 in Berlin zur Verhandlung steht.

Der Ring der Bauwirte vereinigt z. Zt. 56 Bau- und Wirtschaftsgemeinschaften, die sich über das gesamte deutsche Sprachgebiet ausbreiten, die etwa 3700 Mitglieder zählen und die bisher ein Baukapital von rund RM. 22 000 000.— aufbrachten und damit **1365 Eigenheime herstellten** und 411 Hypothekenschulden in langfristige, zinslose Tilgungsdarlehen umgewandelt haben. Der Ring der Bauwirte bildet somit ein beachtliches Glied in der Kette der Bausparkassen des deutschen Reiches, was für Bremen von besonderem Interesse ist, da seine Entwicklung von hier ausging und die Spitzenorganisationen hier zu Hause sind.

Die Bausparkassenbewegung, die besonders in England schon in der Vorkriegszeit bedeutend entwickelt war, hat in Deutschland erst nach der Inflation weitere Bevölkerungskreise erfaßt, nachdem die Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute nicht mehr in der Lage waren, dem Bedürfnis an Realkredit durch langfristige und billige Darlehen zu entsprechen.

Sie stellt somit eine Selbsthilfebewegung dar.

Teils arbeiten die Bausparkassen mit niedrigen Zinssätzen, wobei sie die Selbstkosten dadurch aufbringen, daß sie einen höheren Darlehnszins nehmen, als sie auf die eingezahlten Spargelder gewähren, teils arbeiten sie zinslos und erheben für ihre Selbstkosten einen einmaligen Verwaltungszuschuß. Die im Ring der Bauwirte zusammengeschlossenen Bau- und Wirtschaftsgemeinschaften zählen zu den zinslosen Bausparkassen.

Die unglückliche Wirtschafts- und Geldlage der Gegenwart ist auf die Bausparkassenbewegung natürlich nicht ohne Einfluß geblieben. Hiervon ist besonders auch die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H., Bremen, betroffen. Bei einem Mitgliederbestand von rund **7000 Sparern**, konnte sie im Frühjahr 1931 mit monatlichen Einzahlungen von RM. 300 000.— bis RM. 350 000.— rechnen. Die Abwicklung eines Bauvorhabens erfordert im allgemeinen eine Zeit von 5 Monaten. Um nun nicht immer mehr anschwellende Guthaben auf Bankkonten anzusammeln, die bei der zunehmenden Unsicherheit der Banken zu Verlusten führen konnten, wurden entsprechend den Einzahlungen soviel Baudarlehen zugeteilt, daß die einkommenden Gelder möglichst schnell der Wirtschaft wieder zuflossen. Hieraus entstanden Schwierigkeiten als im Juni vorigen Jahres durch Banken- und Sparkassenschluß und den Zusammenbruch der Beamtenbank die Einzahlungen plötzlich katastrophal zurückgingen. Das Vertrauen der Bauwirte zu ihrer Organisation wurde dadurch zwar nicht erschüttert. Es hielt selbst dann noch stand, als die Leitung der B. W. G. Bremen zunächst durch unzweckmäßige Maßnahmen der Situation nicht gewachsen zu sein schien. Nachdem die Fehler aber bald erkannt und behoben wurden, konnte bereits wieder eine Steigerung der Einzahlungen mehrere Monate hindurch bis zum Frühjahr d. Js. festgestellt werden, so daß, wenn auch die Zuteilung neuer Darlehen nicht erfolgen konnte, die aus früheren Zuteilungen bestehenden Verbindlichkeiten erheblich vermindert werden konnten und die Möglichkeit neuer Zuteilungen in naher Zukunft wahrscheinlich wurde.

Die aufblühende Bewegung der Bausparkassen hatte natürlich auch ihre Gegner.

Mit deren Hilfe entstand das Bausparkassengesetz vom 6. 6. 31 und hiernach unterstehen seit dem 1. Oktober 1931 die Bausparkassen dem „Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung". Die soliden Bausparkassen sträubten sich nicht gegen den Gedanken der Reichsaufsicht, sondern sind selbst für diesen Gedanken eingetreten, um Auswüchsen begegnen zu können. Dem Bausparkassengesetz vom 6. 6. 1931 fehlt es aber an genügender Objektivität der Bausparbewegung gegenüber und die Uebertragung der Kontrolle des Bausparkassenwesens an das „Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung" erscheint äußerst bedenklich, da die Gebiete der Versicherung und des Bausparens doch zu verschiedenartig sind. Es kann hier auch nicht verschwiegen werden, daß das Vertrauen zu dieser Aufsichtsbehörde durch Vorkommnisse wie die Favag-Affäre, stark erschüttert wurde, zumal solch ein Fall keine Veranlassung gab, in der Person des verantwortlichen Leiters einen Wechsel vorzunehmen.

Die Aufsichtsbehörde hatte schon sehr bald hier in Bremen bei den Bauwirten eine mehrtägige, eingehende Prüfung vorgenommen, wobei ihr die bestehenden Schwierigkeiten nicht verschwiegen wurden. Da aber die Geschäftsführung zu Beanstandungen keinen Anlaß gab, wurde die Prüfung bestanden. Trotzdem gelang es der Kreissparkasse in Syke wegen einer Forderung von Rm. 500 Konkursantrag zu stellen, der von dem zuständigen Senat beim Reichsaufsichtsamt am 23. März 1932 aufgenommen wurde. Es würde für diese Ausführungen zu weit gehen, auf alle Einzelheiten hier einzugehen. Bemerkt sei nur, daß nach den Bestimmungen des Bausparkassengesetzes der Konkurs auf Antrag des Reichsaufsichtsamtes vom zuständigen Amtsgericht betrieben werden muß, trotzdem das Gesetz eine Berufungsinstanz gegen den Beschluß des Senats vorsieht. Die Frist bis zur Entscheidung über die Berufung läuft in diesem Falle bis zum 11. Mai 1932. Seit dem 23. März wird der Konkurs also betrieben. Wie die Sache laufen wird und wer die Kosten und den Schaden trägt, der entsteht, wenn die Berufung anders entscheidet, darüber besteht völlige Unklarheit, wie überhaupt das ganze Bausparkassengesetz und die Anweisung für die Aufsichtsbehörde sehr lückenhaft sind.

Interessant ist, daß bei dem Konkurs der B. W. G. Köln der diese beratende Rechtsanwalt ausführte, die Genossenschaft verwalte die Spargelder der Genossen als Treuhänder, die Sparbeträge hätten deswegen aus der Konkursmasse auszuscheiden, die Verwaltungskosten, die der Genossenschaft zur Verfügung stehen, würden aber nicht ausreichen, die Kosten des Konkursverfahrens zu bestreiten. Er beantragte deswegen, die Antragstellerin zur Sicherstellung der Kosten zu veranlassen. Das Amtsgericht Köln trat diesen Ausführungen bei und forderte das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung auf, einen Kostenvorschuß von Rm. 3000 zu leisten. Auf die Berufung des Reichsaufsichtsamtes hin, hat das Landgericht Köln sich der Entscheidung des Amtsgerichts, die sehr gründlich auf eine Reihe höchstgerichtlicher Entscheidungen aufgebaut sein soll, angeschlossen. Die Situation für die B. W. G. Bremen ist deswegen noch nicht so ganz aussichtslos. Zunächst ist die Entscheidung in der Berufung über den Konkursantrag, die heute, am 11. Mai, in Berlin fallen wird, abzuwarten.

Es ist in dieser Zeit berechtigt, hervorzuheben, daß bei allen Nachprüfungen, denen sich die B. W. G. Bremen unterziehen mußte, immer wieder festgestellt wurde,

daß nirgendwo unkorrekte Handlungen festzustellen sind und daß die Guthaben der Bausparer durch die vorhandenen Grundschulden voll gedeckt sind. Dies hob auch der Konkursverwalter, Herr Dr. Fricke, hervor.

Herr Direktor Larßberg von der B. W. G. Bremen, sprach dann noch über innere Organisation und Erfahrungen und deren Nutzanwendungen, aus denen zu entnehmen war, daß die Bausparbewegung in den Organen des „Ring der Bauwirte" mit Ernst und Zielbewußtsein fortentwickelt wird, so daß das große Vertrauen, welches die Mitglieder auch hier in Bremen trotz der Schwierigkeiten für ihre Sache beseelt, darin seine Begründung findet.

Wir wollen diese Wiedergabe der Presseinformation nicht schließen, ohne von uns aus noch einiges **Grundsätzliches anzufügen.** Der Gedanke des Bausparens ist gut und bedarf der Förderung. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob die Darlehen zinslos oder gegen niedrigen Zins gewährt werden. Es scheint uns allerdings, als wenn Krisenzeiten bei geringem Zins für alle Beteiligten leichter zu überwinden sind.

Die Macht im Staate vertreten z. Zt. aber noch Kreise, die glauben, ein Vorrecht zu haben, über das Kreditbedürfnis der breiten Schichten des Volkes und wie es zu befriedigen ist, zu entscheiden, die sich vor allem den Anspruch auf willkürlich festgesetzte Höchstzinsen nicht nehmen lassen wollen.

Die Rücksichtnahme auf diese Kreise, die, wie immer wieder festzustellen ist, die Regierung glaubt üben zu müssen, bedeutet für die Unternehmungen der Bausparbewegung eine ständige Gefahr, die sich für die zinslosen Gruppen durch die Bekämpfung des Zinses überhaupt noch steigert. Die Führer der Bausparbewegung übernehmen deshalb ihren Sparern gegenüber eine große Verantwortung, die nur dadurch gemindert werden kann, daß die Macht im Staate in andere Hände gelegt wird. **Dies ist nur durch Unterstützung einer Politik zu erreichen,** die sich **das gleiche Ziel gesetzt hat.** Es gibt keine Möglichkeit, **gesunde Volkswirtschaft zu treiben,** wenn diese nicht von einer gesunden Politik getragen wird. Ahl.

Jacob Michael – Emil Köster A.-G.

Deutscher Beamten-Wirtschaftsbund

Im Anschluß an unsere aufsehenerregenden Enthüllungen über den „armen Drogisten" Jakob Michael, z. Z. in Holland, wollen wir heute über die Beziehungen dieses großen Geld- und Grundstücksspekulanten zu dem deutschen Beamten-Wirtschaftsbund berichten.

Die **Emil Köster, deutsche Beamten-Einkaufs-A. G., Berlin,** hat ein Aktienkapital von RM. 10 000 000. Die Aktien gehören allerdings noch Jakob Michael. Er hat aber **für 76 % dieser Aktien das Stimmrecht** an die **Leonhard Tietz A. G., Köln,** abtreten müssen, als er dieser Firma gegenüber seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem gemeinschaftlichen Einkauf Köster-Tietz nach dem Zusammenbruch der „Favag" (Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A. G.) nicht mehr nachkommen konnte. Als Kommissar der Leonhard Tietz A. G. wirkte zuerst bei der Emil Köster A. G. ein Dr. **Birnbaum.** Sein Nachfolger ist Dr. **Ephraim.** Die Emil Köster A. G. betreibt nicht nur den Einkauf für die 22 Kaufhäuser des „Defaka" (Deutsches Familien-Kaufhaus, G. m. b. H., in **Bremen** das **„Tipphoikenhaus"** für Bekleidung und Einrichtung, G. m. b. H.), sondern beherrscht in der Praxis diese „Vertragsanstalt" des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes völlig. **Bei dem „Defaka" und im „Tipphoikenhaus" geschieht nichts ohne die ausschließlich mit Juden besetzte Direktion der Emil Köster A. G., die sich „Deutsche Beamten-Einkaufs A. G." nennt!**

Sie darf sich so nennen **mit Genehmigung** des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes, der im „Besitz" von 76 % der Anteile des „Defaka" ist, während das „Tipphoikenhaus" ganz allein der Emil Köster A. G. gehört. Das „Defaka" hieß früher „Debewa" (Deutsche Beamten-Warenversorgung G. m. b. H., **Anstalt** des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes), bis dieser Firma die Führung dieser irreführenden Bezeichnung **gerichtlich** untersagt wurde. Sämtliche Kaufhausbauten des Defaka, ihre Einrichtungen und Waren sind selbstverständlich im Besitz von Jakob Michael, soweit sie nicht verpfändet usw. sind. (Terra A. G. für Grundbesitz in Liquidation, heute Concentra der Erna Michael-Vermögensverwaltung und andere.)

Die Organisation des Köster-Defaka-Konzerns ist hervorragend: durch die Einführung der **„Wirtschaftsbeiräte",** und des **„Vertrauensmännersystems"** hat das „Defaka" etwa **20 000 „ehrenamtliche" Mitarbeiter aus der deutschen Beamtenschaft und bei angeschlossenen Privatfirmen!** Die Wirtschaftsbeiräte und Vertrauensleute gelten offiziell als „Organe" des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes und sind von diesem in seinen **„Bezirksausschüssen"** zusammengefaßt. Die

Finanzierung des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes

erfolgt in der Hauptsache durch die Emil Köster A. G. über das „Defaka" in Form von Umsatzprovisionen (in der Regel ½ %). Dafür haben die Bezirke des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes auch fast alle ihre Geschäftsstellen in den Orten, in denen sich ein Defaka-Kaufhaus befindet. Auch die Mittel für die **Finanzierung dieser Bezirksausschüsse** werden zum überwiegenden Teil von der Emil Köster A. G. aufgebracht. In Bremen ist sogar der Propagandachef des Tipphoikenhauses gleichzeitig Bezirks-Geschäftsführer des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes! **Der Deutsche Beamten-Wirtschaftsbund, von dem sich die großen Beamtenorganisationen schon im Herbst 1928 wegen seiner nahen Beziehungen zu Jakob Michael in eindeutiger Weise getrennt haben, lebt also nicht nur hauptsächlich von Jakob Michael oder seiner Emil Köster A. G. und der Leonhard Tietz A. G., sondern gibt auch seinen Namen für die Propaganda des „Defaka"-Häuser und des „Tipphoikenhauses" her!** Hierfür können zu jeder Zeit alle nur gewünschten Beweise erbracht werden.

Vorsitzender dieses „Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes" ist der Demokrat, **Reichsminister a. D. Koch-Weser.** Sein Justitiar ist der **jüdische Landgerichtsdirektor a. D. Dr. Elsässer.** Maßgebenden Einfluß im Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund hat der **Generaldirektor des „Defaka"-Konzerns Behrens,** der seinerseits wieder von Jakob Michael abhängig ist. Es wird höchste Zeit, daß die deutsche Beamtenschaft über diese Zusammenhänge aufgeklärt wird! —

Bei der von uns in unserem vorigen Aufsatz genannten „Zentralbank" handelt es sich um die **„Deutsche Beamten-Zentralbank A. G., Berlin".** Ihr sind seinerzeit RM. 600 000 von der Emil Köster A. G. über die **„Beamtenbank Bremen"** zugeflossen. Nach dem Zusammenbruch der „Bank für deutsche Beamte e. G. m. b. H., Berlin", mußte sich die „Zentralbank" im Herbst 1929 an die Deutsche Bank „anlehnen", wodurch ihrem Direktor, dem früheren **sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Lehrer Lockewitz,** eine hohe, lebenslängliche Pfründe gesichert wurde.

Der „deutsche" Film

Herr Groener kann nicht feststellen, wem die „Emelka" gehört.

Auf eine Anfrage der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion vom 29. März 1932 an die Reichsregierung, ob Pariser Zeitungsmeldungen über den Verkauf der Emelka-Filmgesellschaft an Frankreich zuträfen und welche Maßnahmen die Reichsregierung dagegen ergreifen wolle, hat der Reichsinnenminister Groener nun endlich am 29. April geantwortet:

„Das Reich ist an der Emelka-Filmgesellschaft nicht mehr beteiligt. Die Emelka besteht aus einer Reihe von Aktiengesellschaften, deren Aktien nicht auf den Namen lauten, sondern Inhaber-Aktien sind. Es ist infolgedessen **nicht festzustellen, wer gegenwärtig der eigentliche Eigentümer der Aktien oder Aktienmehrheit der Emelka-Filmgesellschaft ist.**

Eine unmittelbare Einwirkung ausländischer Aktionäre auf die Führung der Geschäfte hat sich **bisher nicht wahrnehmen lassen.**"

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil: W. Kastens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.
Rotationsdruck: Weser-Druckerei Bremen.

Familien-Anzeigen

Verlobte: Martha Schmidt mit Karl Reber.

Verstorbene: Amalie Wolters, Hansastr. 21-23. — J. D. Legenhausen, 93 Jahre, Begesack. — Margarete Haacke, verw. Ebhardt geb. Lenz, 61 Jahre. — Martha Frenzel geb. Gnade, 55 Jahre. — Antonie Vogelsang, geb. Schröder, 31 Jahre, A. d. Würden 25. — Katharine Werz Wwe., Simonstr. 14. — Adrian von Salkowski, Schuberstr. 34. — Diedrich Schmid, 34 Jahre, Neustadts-Contrescarpe 84. — Marie Stünkel, geb. Knoke, 50 Jahre, Hegelstr. 54. — Beta Boschen, geb. Krück, 67 Jahre, Leher Heerstr. 101.

Heute nachmittag ist unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter u. Urgroßmutter

Frau

Sophie Rumme

geb. Feldhaus

im 89. Lebensjahre sanft entschlafen.

Im Namen der Angehörigen
Hans Philipsen
u. Frau Johanne
geb. Rumme

Bremen, 9. Mai 1932
Herderstr. 12

Die Beisetzung erfolgt am Donnerstag, 12. Mai 1932, 13.30 Uhr in Asendorf, Kreis Hoya.

Amtl. Bekanntmachungen

Dem Generalkonsul der Dominikanischen Republik in Hamburg, Dr. Conrado Vicairace, ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. Zu seinem weiteren Amtsbezirk gehört auch das Bremische Staatsgebiet.
Regierungskanzlei.

Der in Verlust geratene, am 5. 1. 32 für Heinrich Engelage, geb 21. 9. 1890 in Bremen, ausgestellte Kraftfahrzeugführerschein wird für ungültig erklärt. **Polizeidirektion.**

Dem Tierheim des Bremer Tierschutz-Vereins übergeben: 1 Rehpinscher, 2 Schäferhunde, 2 Bastardhunde ohne Hundezeichen. Meldung innerhalb 24 Stunden im Tierheim, ehemalige Kläranlage, verlängerte Hemmstr., Telephon Weser 832 11, sonst wird über die Tiere verfügt. **Polizeidirektion.**

Bekanntmachung

Der Fälligkeitstermin für die Abschlußzahlung auf die Vermögensteuer 1931, sowie für die erste Vorauszahlungsrate auf die Vermögensteuer 1932 wird vom 15. Mai auf den 20. Mai verschoben. Mit Rücksicht auf die seit dem 1. 1. 1931 eingetretenen Wertveränderungen werden die Vermögensteuer 1932 und damit die jeweils fälligen Vorauszahlungsbeträge ermäßigt. Eine Verordnung hierüber wird in den nächsten Tagen ergehen.
9. 5. 1932.

Der Präsident
Landesfinanzamts Unterweser

Nach dem Beschluß des Schiedsamts bei dem Oberversicherungsamt Bremen vom 6. Mai 1932 sind zur Krankenkassenpraxis bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bremen, den bremischen Betriebs- und Innungskrankenkassen folgende Aerzte zugelassen worden:

a) gemäß § 27 Ziffer 1 Abs. 2 der Zulassungsordnung vom 30. Dezember 1931

1. Dr. med. Sunder, prakt. Arzt, Bremen, Knochenhauerstr. 19;
2. Dr. med. John, prakt. Arzt, Bremen, Am Dobben 52 b.
3. Dr. med. Christian, Facharzt für innere Krankheiten, Bremen, Humboldstraße 19;
4. Dr. med. Mertz, Facharzt für Kinderkrankheiten, Bremen, Contrescarpe 168;
5. Frau Dr. med. Graß, Fachärztin für Lungenleiden, Bremen, Holler-Allee 35;
6. Dr. med. Leiße, Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden, Bremen, Am Dobben 11;
7. Dr. med. Korthauer, Facharzt für Frauenleiden und Geburtshilfe, Bremen, Am Dobben 68;
8. Dr. med. Wegerdt, prakt. Arzt, Bremen-Horn, Leher Heerstr. 86;
9. Dr. med. Braun, prakt. Arzt, Bremen, Schüsselkorb 14;
10. Dr. med. Bouefe, Facharzt für Orthopädie, Bremen, Schleifmühle 72;
11. Dr. med. Daetz, prakt. Arzt, Bremen, Westerstr. 6;
12. Dr. med. Kuhlmann, Facharzt für Röntgenologie und Lichtheilkunde, Bremen, Kohlhökerstraße 18;
13. Dr. med. Meller, prakt. Arzt, Bremen, Grenzstraße 74-76;

b) gemäß § 27 Ziffer 2 der Zulassungsordnung

1. Dr. med. Reschop, Facharzt für Augenkrankheiten, Bremen, Nordstraße 72;
2. Dr. med. K. F. Franke, Facharzt für Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten, Bremen, Am Dobben 126.

Der Beschluß wird vom 10.—17. Mai 1932 in der Kanzlei des Oberversicherungsamts Bremens, Polizeihaus, Zimmer 211, ausgehängt.

Gegen den Beschluß kann binnen zwei Wochen nach dem Ende der Aushangfrist die Erteilung einer Ausfertigung des Beschlusses mit Gründen gegen Erstattung beantragt werden.
7. 5. 1932.
bei dem Oberversicherungsamt Bremen
Das Schiedsamt

Stadttheater

Heute
Mittwoch, 20 Uhr, 181. Ab.-V.
Die entzückende Lustspiel-Oper
Kleider machen Leute
Donnerstag, 20 Uhr, 182. Ab.-V.
Fra Diavolo
Freitag, 20 Uhr, 183. Ab.-V.
Angelina
Sonnabend, 20 Uhr, 184. Ab.-V.
Der Bauerngeneral
Sonntag (Pfingsten), 18.30 Uhr
185. Ab.-Vorst.
Vierte Vorstellung im Wagner-Festspiel-Zyklus
Die Meistersinger von Nürnberg

Aerzte-Tafel

Verreist
vom 11.—24. Mai
Dr. med. du Bois
Kohlhökerstr. 10

Sehen Sie . . .
darauf kommt es an!
Was unter dem Deckblatt verborgen liegt, das gibt der Zigarre den Charakter! !!
Meine
frischen Havana
tragen ihren Wert in sich. Bitte . . . überzeugen Sie sich!!
8, 10, 12, 15, 20 Pfg.
C. FRESE



Unterricht

Individueller-Unterricht
Alte u. neue Sprachen
Mathematik
Niedr. Honorar Auch i. d. Ferien
Dr. Harmjanz, Lerchenstr. 35 I
Sprechst. 4½-6 Uhr Tel. D. 25407

Polstermöbel!
Dann **Qualitätsarbeit** aus **Möbel-Thäte eigener Polsterei.** Stets reichhaltiges Lager in Sofas, Couches, Chaiselongues, Sessel, Clubgarnituren zu **Thäte-Preisen,** d. h. **billig,** wie nirgendwo.
32 Rosenkranz
Rosenkranz

Feuer- und Einbruch-Versicherung
H. A. GLOYSTEIN
Gen.-Agent
Georgstraße 6, Telefon Domsh. 27571

Trustfreie Zigarren Zigaretten, Tabake
Zigarrenhaus Habehag
Inhaber: Pg. Erich Ochsendorf
Herdentorsteinweg 12
neben Regina

Nur kurze Zeit
Ausverkauf von Tapeten
Leopold Seever
Wielandstraße, Ecke Friesenstr.



Lebende Schleie Pfd. 1.20
„ Hechte „ 0.90
„ Weseraale
Zander
Echte gr. Seezungen Pfd. 1.40
Kleine Hechte „ 0.60
ff. Schellfisch „ 0.30
Geleefisch „ 0.30
usw.
Aus eigener Räucherei:
Bückling **Maifisch** Sprotten
Bestellungen frei Haus.
Telefon Hansa 420 38
Christian Armerding
V. d. Steintor 183-85

Kauft nur bei unseren Inserenten

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Sommernachtfahrt nach Helgoland
HINFAHRT am 14. Mai
Bremen (Freihafen I) - Bremerhaven - Helgoland (Lägsbr.) mit D. „Vorwärts"
RÜCKFAHRT am 15. oder 16. Mai
Helgoland - Bremerhaven mit D. „Roland"
Bremerhaven - Bremen (Möf.) mit der Eisenbahn!

HINFAHRT:	RÜCKFAHRT:
20.30 ab Bremen (Freihafen I)	an Bremen (Hauptbahnhof) 23.00
21.30 ab Vegesack (Anleger)	an Vegesack (Bahnhof) 23.13
0.30 ab Bremerhaven (Col.-Kaje)	an Bremerhaven (Col.-Kaje) 20.45
5.00 an Helgoland (Landungsbr.)	ab Helgoland (Landungsbr.) 17.45

Fahrpreis:
Bremen (Freihaf. I)—Helgoland (Landungsbr.) und zurück..... **RM. 8,50**
Vegesack—Helgoland (Landungsbrücke) und zurück.....
einschließlich Eisenbahnfahrt.
Tagesfahrten am 14., 15., 16. und 18. Mai, nach besonderem Fahrplan
Fahrkarten und nähere Auskunft durch die Vertretungen des Nordd. Lloyd und alle Reisebüros

Bis Sonnabend, den 14. Mai 1932
4 Süsse Tage
zu nachstehend billigen Preisen, halbpfundweise

Hütchen-Pralinen		.... 30 ₰
Kokosflocken, bunt		.... 28 ₰
Kokosflocken mit Schok.		.... 38 ₰
Pfefferminzbruch		.... 28 ₰
Pralinen-Mischung		.... 38 ₰
Pfefferminz-Fondant		.... 36 ₰
Eisbonbon, gewickelt		.... 36 ₰
Pfefferminz-Pralinen	Pfund	.... 42 ₰
Schokoladen-Waffeln		.... 38 ₰
Erfrischungs-Waffeln	nur	.... 35 ₰

Nur 4 Tage
½
5% Rabatt auf alle Waren
Thams & Garfs
Faulenstraße 40, — Ostertorsteinweg 93, Nordstraße 269, — Hemelingen, Bahnhofstraße 16

Hypotheken u. **Kapitalien** für Beamte u. Festangest. streng reell
Lange
Lübeckerstr. 35, (3-8 Uhr)

Farben
Lacke
Pinsel
sämtl. **Wasch- und Putzmittel** nur beim
Fachmann
Farbenhandlung
Franz Korthoff
Bachstraße 139

Zu verkaufen
Notverkauf Netzfernradio
neu, m. Lautsp. 68 M.
Gr. Annenstr. 26 I

Kaufgesuche
Kinderlaufheck u. Klappstuhl
Ang. a. Pg. A. Müller
Hornerstr. 92

Verschiedenes
Wer erteilt Sprach-Unterricht Französisch u. Spanisch Ang. u. S 402 b. V.
Wer überläßt erwerbsl. ehem. SA.-Mann Bettstelle, Komode o. sonst. Möbel Ang. u. R 401 b. V.

Die „Nationalsozialistisch. Jugend-Bewegung Bremen" sucht ein
Heim
zu mieten, wo Sport getrieben und gesungen werden darf.
N. S. J. Bremen
Rembertistraße 32

Denken Sie immer daran
Glas, Porzellan Haus- u. Küchengeräte Geschenkartikel
kaufen Sie immer preiswert und gut bei
Geschwister Luperti
V. d. Steintor 98/102 H. 41618 Gegr. 1895

Inseriert in der B. N. N.



DER MANTEL AUS MEISTERHÄNDEN
65.- 75.- 85.- RM.
Hespen am Wall

Reklame-Angebot 8.50
hochwertige Markenschuhe
Damen-Spangen ½ hoher Absatz zum Ausnahmepreis
Schuhhaus Wachendorf
Ostertorsteinweg 49, beim Schauspielhaus.
Filiale: Heß-Schuhe, Obernstr. 22-24.

Aus Bremen Stadt und Staat

Anträge für die Bürgerschaft

Schutz für die bremischen Straßenmusiker.

Von der NS.-Fraktion (Pg. Pfeifer) ist folgender Antrag der Bürgerschaft zugegangen:

Die Bürgerschaft beschließt: Den Senat zu ersuchen, die Polizeidirektion anzuweisen, daß für die kommenden Freimarkte keine ausländischen Musiker, Drehorgelspieler usw. zum Musizieren auf den Straßen und in den Höfen zugelassen werden, sondern in Bremen wohnende zu bevorzugen sind.

Entweder die Polizeigebühren bezw. Abgaben um mindestens die Hälfte ermäßigt werden oder die Zulassungen um ein Erhebliches beschränkt werden. (Bei den Einschränkungen wären die alteingesessenen und schon lange Zeit spielenden Drehorgelspieler zu berücksichtigen.)

Die Zulassungsscheine entweder nur distriktweise oder für sämtliche Musiker ohne Ausnahme für die ganze Stadt auszustellen sind.

Dafür Sorge getragen wird, daß nach erfolgter Abnahme der Musikinstrumente anweisungsgemäß niemand mehr zugelassen wird.

Schulbücher im freien Handel.

Pg. Wegener hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Bürgerschaft beschließt, der Senat wird ersucht, die Unterrichts-Verwaltung anzuweisen, daß die Lernmittel, die ab 1. April 1932 gegen Entgelt den Schulkindern bemittelter Eltern von der Unterrichts-Verwaltung geliefert werden, in Zukunft im freien Handel zu erstehen sind. Der Zwang zum Bezug der Lernmittel über die Unterrichts-Verwaltung wird aufgehoben.

Den Schulkindern unbemittelter Eltern sind auch weiterhin die Lernmittel durch die Unterrichtsverwaltung kostenlos zu beschaffen.

Sektion Osten. Versammlung des Distriktes Hastedt im Wehrschloß. Vor einer recht zahlreich erschienenen Zuhörerschaft hatte Pg. Judt gestern im Wehrschloß Gelegenheit über das Thema: „Rasse und Religion" umfassend zu sprechen. Er stellte den Grundsatz „Christliche Religion ist Rassen-Religion" in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. In tiefschürfender Art und Weise verstand es Pg. Judt, die überaus interessanten Zusammenhänge zwischen Rasse und Religion den Parteigenossen vorzutragen. Der Abend war durch die straffe Arbeit des Distriktsführers und seines Amtswalterkorps ein voller Erfolg, der sich hoffentlich bei allen künftigen Distrikts-Versammlungen, die alle 14 Tage stattfinden, noch vergrößern wird. —ald.

Um einen Schmuggel mit Zigarettenpapier

Wegen Aufruhrs in den Räumen des Hafenbetriebsvereins, wurde ein Arbeitsloser verurteilt, der mit unverzolltem Zigarettenpapier handelte und von Beamten der Zollfahndungsstelle ertappt wurde. Auf 10 Monate Gefängnis erkannte das Gericht. Der Arbeitslose hatte den Beamten, der ihn stellen wollte, bedroht und einen Menschenauflauf verursacht. Wir stellen nur fest: Wegen Handel mit Zigarettenpapier.

Es ist nur zu bedauerlich, daß Beamte heute gegen Volksgenossen eingesetzt werden müssen, die sicher nicht aus Freude am Schmuggel, wenn sie Arbeit hätten, zu Tätlichkeiten getrieben würden.

Hafenbaudirektor Hacker 25jähriges Dienstjubiläum

Morgen steht Hafenbaudirektor Hacker 25 Jahre im bremischen Staatsdienst. Er übernahm zunächst die Leitung der Bauausführung der Seeschiffschleuse am Industrie- und Handelshafen. Der Krieg sah ihn im Felde. Hacker wurde verwundet und wirkte dann tätig in Ostende in der Station der Torpedoboote mit und half die Landflugzeuge ausbauen. Nach dem Kriege stellte er sich wieder in seinem Wirkungskreise zur Verfügung und hat als solcher die Stadt Bremen um zahlreiche wertvolle Hafenanlagen bereichern helfen. Hackers Können liegt vornehmlich in einem sicheren Gefühl für Wirtschaftlichkeit in Bau, Betrieb und Verwaltung. Als Kind seiner bayrischen Heimat hat er im hohen Norden des Vaterlandes ein Werk geschaffen, dem wir heute an seinem Jubiläumstage dankend Anerkennung zollen.

Pfingst-Sommernachtsfahrt nach Helgoland. Der Norddeutsche Lloyd veranstaltet am Sonnabend, 14. Mai, die erste diesjährige verbilligte Pfingst-Sommernachtsfahrt mit seinem Doppelschrauben-salondampfer „Vorwärts" nach Helgoland. Die Fahrt nimmt am Sonnabend, 14. Mai, 20.30 Uhr, ihren Ausgang vom Freihafen 1 in Bremen. Die Ankunft in Helgoland erfolgt gegen 5 Uhr früh. Der Zauber dieser nächtlichen Seefahrt, der Anblick der vielen Leuchtfeuer auf See, der erwachenden Insel, wie der ganze Reiz des Bordlebens werden allen Teilnehmern diese Sommernachtsfahrt nach Helgoland unvergeßlich bleiben lassen. Einzigartig ist ein Sonnenaufgang auf hoher See. Flotte Musik sorgt für weitere Stimmung an Bord. Die Rückfahrt von Helgoland findet um 17.45 Uhr wahlweise am Pfingstsonntag oder am Pfingstmontag mit dem Turbinenschnelldampfer „Roland" bis Bremerhaven-Columbuskaje statt. Hier ist der sofortige Eisenbahnanschluß nach Bremen hergestellt, Ankunft in Bremen-Hauptbahnhof 23 Uhr. Fahrkarten und nähere Auskunft sind durch den Norddeutschen Lloyd Bremen, Nordseebäderdienst, dessen Vertretungen sowie durch die Vertretungen der Hamburg-Amerika Linie und die Reisebüros erhältlich.

Havana-Mexiko-Dienst des Nordd. Lloyd. Dampfer „Weser" des Norddeutschen Lloyd ist aus dem Südamerikaverkehr herausgezogen und soll gemeinsam mit dem Dampfer „Sierra Ventana", den MS. „Rio Bravo" und „Rio Panuco" im Havana-Dienst der Bremer Reederei beschäftigt werden. — Gleichzeitig teilt der Norddeutsche Lloyd mit, daß die Fahrpreise aller Klassen der in diesen Verkehr eingestellten Schiffe wesentlich herabgesetzt worden sind.

Der Verein für deutsche Schäferhunde (SV.) hielt in Kaunes Restaurant eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der die Herren H. Lühmann und C. Scheide ein eingehendes Referat über die züchterische Wertung der am 17. April durchgeführten Jubiläumsausstellung hielten und Herr Blanke als Ausstellungsleiter mitteilte, daß die Ausstellung einen finanziellen Erfolg ebenfalls erbracht habe. Sodann berichtete Herr Lüdersen als Dressurwart, daß der neubegonnene Kursus in der Ausbildung von Hunden eine ganz Teilnehmerzahl erreicht habe und daß an allen Sonntagen auf dem Uebungsplatz am Weserwehr ab 9 Uhr mit den Hunden gearbeitet werde. Zuchtwart Eicke berichtete über die von ihm beschichtigten Würfe, so daß ein gutes Material an Liebhaber abzugeben ist.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, findet die erste Wiederholung der mit geradezu sensationellem Beifall aufgenommenen entzückenden Biedermeieroper „Kleider machen Leute" statt, das von der gesamten Presse als bedeutende Bereicherung des Spielplans angesprochen wurde. Morgen, Donnerstag, wird aus technischen Gründen statt des Lustspiels „Mutter muß heiraten" die neu einstudierte komische Oper „Frau Diavolo" mit den Damen Pense, Mühlbach und den Herren Gleixner, Schweinsberg, Spiro, Birkenfeld, Kasper gespielt werden. Die nächste Aufführung des Lerbschen Lustspiels findet am Mittwoch, den 18. Mai, statt.

Großes Symphonie-Konzert zum Besten der Bremer Kinderheilkuren. Zu ganz populären Preisen veranstaltet das Bremer Sinfonie-Orchester am Mittwoch, dem 18. Mai ds. Js., abends 8 Uhr, im großen Glockensaal zu Gunsten der Bremer Kinderheilkuren ein großes Konzert. Leiter ist als Gastdirigent der im Inland wie Ausland bestens bekannte Kapellmeister Dr. Rudolf v. Schmidtseck. Der Glockensaal wurde der Veranstaltung mietfrei überlassen. Es steht zu hoffen, daß ein ausverkaufter Saal die selbstlosen Bemühungen aller Beteiligten lohnen wird. (Näheres siehe im Anzeigenteil.)

Zollfreier Weizen für Hühnerhalter. Die Frist zur Beantragung der Bezugsscheine für zollfreien Weizen läuft mit dem 30. Juni d. J. ab. Die Belieferung der Verbraucher kann jedoch erst einige Zeit nach Ausstellung der Bezugsscheine erfolgen, weil die Scheine von den Importeuren zunächst der Reichsmaisstelle in Berlin zur Nachprüfung eingesandt werden müssen. Es liegt daher im eigenen Interesse der Hühnerhalter, sich so schnell wie möglich in die bei den Händlern, Genossenschaften, Vereinen usw. ausliegenden Sammellisten zur Beantragung von Bezugsscheinen einzutragen. Die nach der Verteilung verbleibenden Restmengen sind von den Einzelhändlern anteilsmäßig den Verbrauchern zuzuführen, weil der gekennzeichnete Weizen nur von Hühnerhaltern an ihre eigenen Hühner verfüttert werden darf.

Lebensindexziffer. Die vom Statistischen Reichsamt für den 4. Mai berechnete Großhandelsrichtzahl ist mit 97.7 gegenüber der Vorwoche um 0.5 v. H. zurückgegangen.

Verantwortungsloses Kaufen

Keine deutsche Frau, die nicht irgendwie unter der Not der Zeit litte, kaum eine, die nicht an sich selbst oder in ihrer Familie spürte was es bedeutet: arbeitslos sein. Und trotzdem: das soziale Empfinden gerade der Frauen schläft in beschämendem Maße. Frauen sind es, die täglich gedankenlos nachstehende erschreckend hohe Summe für ausländische Waren ausgaben und der deutschen Wirtschaft entzogen. Sie allein sind belastet mit den 3 394 000 Mk. für die nach der letzten Statistik täglich ausländische Lebensmittel gekauft wurden.

Und zwar sind eingeführt worden für:

230 000	Mark	Orangen
378 000	„	Gemüse
770 000	„	Eier
1 500 000	„	Milch, Butter, Käse
184 000	„	Aepfel und Birnen
152 000	„	Bananen
180 000	„	Südweine
3 394 000	Mark	

Diese Summe ,für einheimische Produkte ausgegeben, bedeutete Arbeit für rund eine Million 300 000 Volksgenossen in Molkereien, Gärtnereien, Geflügelzüchtereien, in ländlichen Betrieben jeder Art.

Und warum kaufen unsere Hausfrauen diese ausländischen Produkte? Etwa, weil sie billig sind? Das ist durchaus nicht der Fall. Weil sie besser sind, gehaltvoller? Auch das trifft nicht zu. Sie sind nur anders. Man will mit diesem andersartigen Obst und Gemüse den Tisch abwechslungsreicher gestalten. Aber man vergißt durchaus, daß auch in der obst- und gemüsearmen Zeit mit unseren eigenen Gewächsen, den verschiedenen Kohl- und Rübenarten, mit Hülsenfrüchten und Mehlprodukten, mit Winter- und Dörrobst außerordentlich viel Abwechslung zu bieten ist, **wenn man sich nur um verschiedene Zubereitungsarten bemüht.**

Sie glauben gar nicht, welche Verwandlungsfähigkeit ein simpler Kohlkopf besitzt! Was für köstliche Gerichte sich aus ein paar Daueräpfeln zaubern lassen! Wenden Sie die ungenügenden oder „zerstörten" Vitamine ein? Aber die Vitaminpsychose ist längst überwunden, seit die neuesten Forschungsergebnisse gezeigt haben, daß der Vitamingehalt durch Kochen und Sterilisieren kaum verringert wird.

Und mit dieser Feststellung kommt auch das Konservengemüse und -kompott noch als vollwertig für den täglichen Tisch hinzu.

Man sieht, es liegt tatsächlich keinerlei Notwendigkeit für uns Frauen vor, in irgendeiner Jahreszeit ausländisches Obst oder Gemüse zu kaufen.

Und der geradezu erschreckend hohe Verbrauch an ausländischer Butter, Milch, Käse, Eier? Diese Käufe werden größtenteils gedankenlos getätigt. Man hat sich nach dem Kriege so an die dänische Butter, dänische Sahne, anpolnische(!) Eier gewöhnt, daß man sie heute bereits mit Selbstverständlichkeit kauft. Unterstützt werden diese Käufe sicherlich noch dadurch, daß eine Anzahl Wirtschaftspolitiker immer wieder betonen, daß wir ja auch im Auslande Absatzgebiete für unsere eigenen Erzeugnisse hätten, und diese notwendig verlieren müßten, wenn wir aufhörten, Abnehmer fremder Waren zu sein. Nur, um bei den Nahrungs- und Genußmitteln zu bleiben: es wird immer noch genug ausländische Produkte geben, die wir einführen müssen, weil sie bei uns nicht erzeugt werden können: Reis, Kaffee, Tee, Kakao, Tabak u. a. (Die „Notwendigkeit" der Weizeneinfuhr ist noch ein besonderes Kapitel.) Aber diese wirklich höchst überflüssigen Käufe ausländischer Lebensmittel bleiben schon beschämend für uns deutsche Frauen, weil sie in so verantwortungsloser Weise die Arbeitslosigkeit vergrößern. E. U.

Kommt Dr. Peltzer für die olympischen Spiele in Frage

Von Hermann Hef

Der Startschuß knallt. Fünf Läufer rasen in unglaublichem Tempo das Sportfeld entlang. Ein jeder will die Innenseite der Bahn nehmen. Jetzt biegen sie in die Kurve, an der Zuschauertribüne vorbei und wie aus einer Kehle ein tausendfacher Ruf, Peltzer, Peltzer.

Dr. Peltzer, der beste deutsche Mittelstreckenläufer, der den Veranstaltern durch seinen Start immer ausverkaufte Sportplätze garantierte, der neue Höchstleistungen aufstellte, der Meistertitel errang und seine eigenen Rekordzeiten verbesserte, der bei einer Abendveranstaltung in Berlin (1 500-Meter-Lauf) das Laufwunder, den Finnen Nurmi und den fliegenden Schulmeister Wiede schlug. Dr. Peltzer, der von der deutschen Jugend als der unbesiegbare Läufer und Sportsmann verehrt wird, der im Ausland für Deutschlands Farben siegreich kämpfte, wird er für die olympischen Spiele in Los Angeles in Frage kommen??

Der blonde Stettiner ist 32 Jahre alt, Lehrer der freien Schulgemeinde in Wickersdorf bei Saalfeld. Zurzeit hält er noch folgende deutsche Höchstleistungen:

Laufen: 500 Meter: 1:03.6 Min., 800 Meter: 1:51.6 Min., 1 000 Meter: 2:25.8 Min., 1 500 Meter: 3:51 Min. — Hürdenlauf: 400 Meter: 54.8 Sek.

Diese Zeiten wurden von Dr. Peltzer bis auf den 1 500-Meter-Lauf sowie den 400-Meter-Hürdenlauf alle im Ausland gelaufen und zwar in den Jahren 1926 und 1927. Das waren zweifelsohne seine besten Jahre.

Neuerdings enttäuscht Peltzer sehr, sein Endspurt ist nicht mehr der von 1927 und früher. Man spricht von einer starken Erkältung, die ihn seit einigen Monaten am Trainieren behinderte. Er sieht sehr angegriffen aus und kann nur bei schönem Wetter an Veranstaltungen teilnehmen. Er ist aber sehr zuversichtlich und verspricht alles Versäumte wieder nachzuholen. Ob er aber für die olympischen Spiele in Los Angeles diesen Sommer in Frage kommt, werden die kommenden sechs Sonntage, an denen er sich mit seinen jungen Gegnern messen wird, ergeben. Als seine gefährlichsten Rivalen werden Danz (Hess.-Pr.-Kassel) und Lefeber (Düsseldorf 99) genannt.

Es wäre sehr erfreulich, wenn Dr. Peltzer, nachdem die nach der Rückkehr von seiner Vortragsreise in Australien gehabte Differenz mit der deutschen Sportbehörde wieder beigelegt ist, er auch gesundheitlich wieder hergestellt ist, um noch lange Jahre durch sein sportliches Können der deutschen Leichtathletik auch weiterhin zum Siege zu verhelfen.



Achtung Gutscheinsammler!

Auch weiterhin werden unseren Zigaretten-Packungen

Trommler 3 Alarm 4 Sturm 5 Neue Front 6

Gutscheine beigelegt. Je nach Wunsch erhalten Sie bei Gutschein-Einsendung hierfür die entsprechenden Gegenstände od. eine Barablösung laut Verzeichnis. Ausserdem liegen unseren Packungen die prächtigen Deutschen Uniformbilder bei!

STURM ZIGARETTEN G.M.B.H. DRESDEN 21



Die „Eiserne Front" drückt sich

Ist das Sozialismus?

In einer hiesigen Groß-Tabakfirma wurden vor Jahresfrist wegen Arbeitsmangel männliche Angestellte entlassen. Seit Anfang vorigen Monats hat die Fa. mehrere jüngere Angestellte und Angestelltinnen neu eingestellt. Die Frau eines Angestelltenratsmitgliedes (G.d.A.) wurde ebenfalls eingestellt. Hiergegen erhob die Angestelltenschaft fast einstimmig Einspruch. Da nach Ansicht der Angestellten Doppelverdiener nicht zugelassen sein dürften, wandten sie sich in einem Protestschreiben an den Angestelltenrat und baten um Aufklärung. Nicht einstimmig konnte das Schreiben nur daher weitergeleitet werden, weil ein Anhänger der „Eisernen Front", Genosse R. Wichmann, nicht das nötige soziale Verständnis für die Belange der Angestelltenschaft aufbringen wollte. Dieses Beispiel beweist eindeutig, daß die SPD. heute nicht mehr das Recht hat, im Namen des schaffenden Volkes aufzutreten. In der Praxis richtet sie sich selbst nach der Methode: „Buckel krumm, soweit es geht, wenn es mich nur nicht trifft". Man darf den Ausgang des Streitfalles mit Spannung abwarten.

Der 3. Lehrgang über Rassenfragen findet im „Amtsfischerhaus", Großenstr. 77, (gegenüber dem Fockemuseum) statt. Beginn Freitag, den 20. Mai, abends 8½ Uhr.

Tödlicher Verkehrsunfall. Auf dem hiesigen Güterbahnhof wurde ein Bahnunterhaltungsarbeiter von einem Lastkraftwagen überfahren und schwer verletzt. Der Verletzte wurde dem Diakonissenhaus zugeführt, wo er bald darauf gestorben ist.

Aus der Umgegend

Oeffentliche Versammlung in Lesumstotel

Freitag, 13. Mai, 20,30 Uhr, große öffentliche Massenversammlung bei Gastwirt Zimmermann. Es spricht Friedrich Schmonsees-Osterholz über: Finanz- und Wirtschaftsfragen im dritten Reich.

Rednerkurse in der Führerschule Dornum.

Dornum. Die NSDAP. hat wiederum zwei Führerkurse (Rednerkurse) im Dornumer Schloß angesetzt, die vom 8.—22. Mai und vom 25. Mai bis zum 9. Juni dauern werden.

Emden besteuert Filialbetriebe

Emden. Vor der jüngsten Bürgerschaftssitzung fand eine gemeinsame Sitzung der Städtischen Kollegien zur Einführung von Dr. Jasper an Stelle des durch Wegzug aus dem Magistrat ausgeschiedenen Senators Fokuhl statt, wozu sich der Rechtsblock und die Deutsche Volkspartei eingefunden hatten, während die Christlich-Sozialen fehlten. Die Bürgervorsteherſitzung wurde von dem Worthalter Ebeling eröffnet. Die Kommunisten beantragten, ihren Antrag auf Unterstützung der Erwerbslosen, der als letzter Punkt auf der Tagesordnung stand, zuerst zu behandeln, was auch geschah. Der Antrag, weitere 25 000 RM. von den bereits früher bewilligten 50 000 RM. jetzt auszuschütten, wurde angenommen. Ebenso fand die Vorlage über die Einführung einer Gewerbesteuer die Mehrheit des Hauses. Filialbetriebe haben darnach einen Zuschlag zur Gewerbesteuer von 720 v. H. und einen solchen von 2076 v. H. zur Lohnsummensteuer zu zahlen.

Ehrung des Bürgermeisters von Leer.

Leer. Bürgermeister Dr. von Bruch wurde vom Preuß. Landes-Feuerwehrverbande das Ehrenzeichen am schwarz-weißen Bande für seine Verdienste um das Feuerlöschwesen verliehen. Der Bürgermeister ist bereits mehrfach für seine Verdienste auf diesem Gebiete ausgezeichnet worden.

Peinliches für die Volkspartei

Erklärung von Rechtsanwalt Hartong gegen die Volkspartei.

Oldenburg, 6. Mai. Auf die Erklärung der Volkspartei zum Austritt Rechtsanwalts Hartong hat Hartong in der Presse wie folgt geantwortet:

Es ist Tatsache, daß die oldenburgische Volkspartei, die bis vor einem Jahr mit den Deutschnationalen eine einheitliche Landtagsfraktion gebildet hat, jetzt wegen **einer gemeinsamen Liste mit der Staatspartei** verhandelt hat. Ich überlasse es dem Urteil der Oeffentlichkeit, ob das eine Kursänderung der oldenburgischen Volkspartei bedeutet.

Gehaltszahlung in Raten.

Nordenham. Die Stadt Nordenham, die, wie berichtet, mit ihren Gehaltszahlungen an die Beamten und Angestellten erheblich in Rückstand geraten war, hat inzwischen die April-Gehälter bis auf ein Sechstel auszuzahlen vermocht. Zur Zeit hat die Stadt noch ein halbes Monatsgehalt den Beamten nicht zahlen können.

Stapellauf bei der Schiffswerft C. Lühring

Unter Teilnahme einiger geladener Gäste lief von der Schiffswerft C. Lühring-Kirchhammelwarden bei Brake der 177. Neubau, ein für den Kapitän Suhr-Hamburg erbauter 280 Tonnen großer Dreimastgaffelschoner, vom Stapel. Ein Dieselmotor von 150 PS. verleiht dem Schoner eine Geschwindigkeit von 9 Knoten.

Harte Maßnahme für Unterstützungsempfänger.

Jever. Die Kürzung der Richtsätze für die Unterstützungsbedürftigen um 10 v. H. hat im Kreise Jever allgemein große Unzufriedenheit hervorgerufen. Selbst die Tröstung, daß die Kürzung zunächst bis zum 1. Oktober befristet sein soll, wiegt wenig gegenüber der Not derjenigen Kreise, die von der Maßnahme betroffen werden.

Tarifloser Zustand auf den Seeschiffswerften.

Hamburg, 6. Mai. Vor der Sonder-Schlichtungskammer fanden zwischen den am Tarifvertrag für die Schiffswerften beteiligten Parteien Verhandlungen statt. Der Schlichter für die Nordmark, Dr. Stenzel, machte den Vorschlag, die bisherigen Löhne bis zum 1. Juni 1932 weiterlaufen zu lassen und sie dann in der Spitze um 3 Pfg. abzubauen. Die Lausbauer der neuen Löhne sollte dann auf sechs Monate festgesetzt werden. Diese Vorschläge wurden von beiden Parteien abgelehnt. Ein Schiedsspruch kam nicht zustande. Da der Lohntarif zum 30. April gekündigt war, besteht jetzt ein tarifloser Zustand bei den Seeschiffswerften.

Diskussionsversammlung im Westen

Abrechnung mit der Sozialdemokratie! Kommunistischer Diskussionsredner von Pg. Heider durch Beweise erdrückt. — Sind Stuhlbeine „geistige" Ueberzeugungsmittel?

Nationalsozialistische Versammlung im Bremer Westen! Ist es überhaupt möglich, wo es von marxistischen SPD.-Bonzen **freien** deutschen Arbeitern **verboten** ist, nationalsozialistische Versammlungen zu besuchen? Jawohl! Gestern wurde von der Sektion Westen der Ortsgruppe der NSDAP. Bremen eine gutbesuchte Versammlung im Kassee Lehmkuhl, Waller Heerstraße, durchgeführt, die in jeder Hinsicht aufschluß- und **erfolgreich** wurde. Aufschlußreich insofern, als es die Mitglieder der „Eisernen Front", der besonders das Thema der Massenversammlung **SPD. zerschlägt Sozialversicherung,** galt, vorgezogen hatten, zu Hause zu bleiben, um sich der scharfen Abrechnung unseres Pg. Heider zu entziehen. So beschränkte sich die „Eiserne Front" nur darauf, aufzupassen, daß ja kein Schäfchen die Versammlung der Nazis besuchte. Auf Deutsch: **Terror gegen die SPD.-Arbeiter!**

Anders die Kommunisten, die zahlreich erschienen waren. Ein Teil der KPD.-Besucher warf anfangs, da er mangels geistiger Waffen unserem Pg. nicht das Wasser reichen konnten, ein wenig mit den Stühlen im Saale herum, und zwar merkwürdigerweise in dem Augenblick, als der Redner auf die **Schröderbank** zu sprechen kam. Allzu hitzige Gemüter wurden an die frische Luft gesetzt und die Versammlung konnte ruhig und diszipliniert zu Ende geführt werden.

Ein kommunistischer Diskussionsredner von der RGO. sprach äußerst ruhig und gab selbst zu, daß er dem Nationalsozialismus eigentlich nichts entgegenstellen konnte. Aus der Versammlung heraus wurde ihm dann von einem deutschen Rußlandfahrer mitgeteilt, daß das russische Paradies eine Zwangsanstalt sei. Wir bringen morgen einen ausführlichen Bericht der erfolgreichen Versammlung und der anschließenden Diskussion.

Berliner Großhandelspreise

Gemüse Mohrrüben gewaschen 3,5—4,5, Kohlrabi Treibhaus Schock 3—9, Radieschen Schockbd. 2 bis 3,5, do. Dresdener 3.5—4,5, Meerrettich 50 kg 40—50, Sellerie 20—30, do. gewaschen Schock 20—30, Porree je nach Größe 1,50—4, Petersilie grün je nach Größe 100 Bd. 3 —5, do. m. Wurzel 50 kg 6—10, Salat Treibhaus 100 Kopf 8—13, Spinat junger 50 kg 4—7, do. Blatt 4—8, Gurken Treibhaus 100 Stück 20—50, Spargel I 50 kg gebündelt 70—80, do. lose 65—75, do. unsortiert 45—60, Spargel II gebündelt 42—60, do. lose 37 bis 50, do. unsortiert 45—60, Spargel III gebündelt 20—30, do. lose 20—30, unsortiert 45—60, Edel-Champignons 50 kg 90—140, Morcheln 33—45, Rharbarber Treibhaus 10—15, do. Freiland 3,5—5.

Amtliche Berliner Kartoffelpreis-Notierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weiße Kartoffeln 1,30—1,40, Rote Kartoffeln 1,50—1,60, Gelbfleischige (außer Nieren) 2,20—2,30 RM. Exportware über Notiz. Fabrikkartoffeln 7,5—8,5 Rpf je Stärkeprozent.

Preisnotierungen für Eier (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 9. Mai.) A. Deutsche Eier: Trinkeier vollfr. gestemp. über 65 g 7,5, über 60 g 6,75, über 53 g 6,25 über 48 g 5,75,; frische Eier über 60 g 6.5, über 53 g 6.

Rundfunk

Mittwoch, 11. Mai. 16 Ein Sackvoll deutsche Worter. 16.15 Pfingstfreuden auf dem Lande. 16.30 Hugo-Kaun-Gedenken. 17.30 Niederdeutsches in der Stadt. 17.55 Das Bunte Programm. 18.30 Aus der Arbeit einer Gewerbekammer. 18.55 Frankfurter Abendbörse, Hamburger Frucht- und Gemüsemarkt. Vorbericht über den Donnerstag-Rindermarkt. 19 Aktueller Dienst. 19.15 Wetterdienst. 19.20 Fragen des Auslandsdeutschtums. 19.40 Und dennoch Lyrik. 20 Konzert des Hamburger Lehrer-Gesangvereins. 22 Nachrichtendienst. 22.10 Edvard-Grieg-Konzert.

Donnerstag, 12. Mai. 5.45 Wetterdienst, Landwirtschaftsmeldungen. 6 Morgengymnastik. 6.15 Wetterdienst. 6.20 Morgenmusik. 7 Zeitangabe, Wetterdienst, Wiederholung der Abendmeldungen 8.15 Erkrankungen der Schilddrüse. 10.50 Vorberichte, Nachrichtendienst. 11.30 Konzert im alten Rathaus zu Bremen. 12 Zeitangabe, Wetterdienst. 13 Börsenfunk. 13.10 Wetterdienst. 13.15 Wetterdienst, Weser-Wasserstand, Kriminalmeldungen. 13.20 Funkwerbung. 14 Nachrichtendienst 14.10 Das Meer in der Musik. 15 Börsenfunk 15.40 Schiffahrtsfunk.

Der richtige Weg zur Erlangung schöner weißer Zähne

unter gleichzeitiger Beseitigung des häßlich gefärbten Zahnbelages ist folgender: Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gezahntem Borstenschnitt), bürsten Sie Ihr Gebiß nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt die Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Mundwasser unter Gurgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der mißfarbene Zahnbelag ist verschwunden und ein herrliches Gefühl der Frische bleibt zurück. Hüten Sie sich vor minderwertigen, billigen Nachahmungen und verlangen Sie ausdrücklich Chlorodont-Zahnpaste. Unter-Vorkriegspreise.

WOLFGANG MARKEN

Drei-Eichen-Hof

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU IN SA.

13. Fortsetzung

Am nächsten Tag verkaufte Hermann wirklich die zwei Morgen Land, und zwar an . . . den Drei-Eichen-Hof. Zweitausend Mark erhielt er ausgezahlt. Das Geld wurde von der Entschädigungssumme bezahlt, die Hans Sattler für die unschuldig erlittene Haft erhalten hatte.

Als der alte Rüster davon erfahren hatte, fluchte er und war fast rasend vor Wut. Aber er wagte es nicht, dem Enkel nahezukommen, denn er hatte nun beinahe Angst vor ihm.

In Hermanns Augen wetterleuchtete es.

Seine mächtige Stimme donnerte heute mehr denn je über den Hof.

Ein Tempo brachte er in die Arbeit, daß die Knechte und Mägde kaum mitkonnten.

„Was ist denn in Männe gefahren?", fragte die alte Eberten, die von ihrem siebzehnten Jahr an auf dem Hofe diente.

Hermann mußte lächeln.

„Nichts, Martha. Der Alte ist nur so wütend auf mich, und da muß ich den starken Mann zeigen. Verstehst du, Altchen? Ich habe meine zwei Morgen Feld an den Drei-Eichen-Hof verkauft und das Geld meinem Vater zur Kur gegeben. Morgen fährt er ab. Gottlob, jetzt kann er seinen kranken Sohn nicht mehr schinden."

Nach einer Viertelstunde wußten es die Knechte und Mägde. Hermann konnte noch mehr losdonnern und den energischen Mann spielen.

Der alte Rüster verzog sich und fuhr zu seinem Freunde, dem Rittergutsbesitzer Oberst von Kettler auf dem nahegelegenen Rittergut Ottendorf.

Oberst von Kettler, ein Mann in den Siebzigern, aber frisch und mit gutmütigen Augen und roten Bäckchen, klein, gedrungen, immer guter Laune, empfing den Alten, mit dem er auf dem Du zuFuße stand.

„Na, Gottlieb, heute kommst du recht verärgert an?"

„Stimmt!" Brummte der alte Rüster. „Nichts als Aerger!"

„So, Aerger? Na, den werden wir gleich mal runterspülen, Komm, wir wollen ein Fläschchen Rotspon genießen. Oder ist dein Aerger noch größer?"

„Wenn's darnach ginge," knirschte der Alte, „müßte ich deinen ganzen Keller aussaufen."

„So ernst ist es?"

Oberst von Kettler schüttelte den Kopf und sagte zu seinem vertrauten Diener: „Dann hole drei Rote aus dem Keller, Timotheus."

Der Diener, der eine wunderbare Aehnlichkeit mit seinem Herrn hatte, eilte fort, und die beiden alten Herren begaben sich in das Herrenhaus, um nach Begrüßung der Hausfrau in ihrem Schmollwinkel Platz zu nehmen.

Nach und nach erfuhr der Oberst alles.

„Lieber Alter," sagte er bedächtig zu Rüster, „diesmal kann ich nicht ganz auf deiner Seite stehen. Du hättest deinem Sohne das Geld zur Kur unbedingt geben müssen."

„Aber warum denn?" platzte der Alte heraus. „Unser Doktor sagt doch, daß es schade um jeden Groschen ist, weil Karl nur noch ein paar Monate zu leben hat."

„Das sagt der alte Mummert?"

„Jawoll!"

„Na, weißt du, Gottlieb, dann hast du ganz besonders miserabel gehandelt an deinem Jungen. Nee, das hätte ich nun nicht gedacht. Dein Junge hat sich sein Leiden im Kriege geholt, und es ist deine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit . . ."

„Aber wenn es nichts mehr nützt?"

„Wer kann das sagen, Gottlieb? Der Doktor denkt's, du denkst es . . . aber kann sich denn ein Arzt nicht irren? Und wenn er durch eine gründliche Kur noch ein einziges Lebensjahr gewinnt . . . schon das ist wertvoll. Gottlieb, da hast du schlecht gehandelt. Und jetzt hat dein Enkel kurzerhand seine zwei Acker Land verkauft?"

„Ja, und an den Drei-Eichen-Hof, an den Mädchenhof!"

„An den Mädchenhof? Hm! Ich habe davon gehört. Sollen sich alle Mühe geben, was?"

„Verrückt sind sie auf dem Mädchenhof!" stieß der alte Rüster ärgerlich hervor. „Denke dir, sie haben zwei Morgen mit Weizen bepflanzt, nicht gesät, sondern gepflanzt."

Der alte Oberst schüttelte den Kopf.

„Bepflanzt, zwei Morgen? Das muß ja eine sündhafte Arbeit gewesen sein. Und was bezwecken sie damit?"

„Höhere Erträge wollen sie rauswirtschaften. Sie schwafeln von fünffachen und höheren Erträgen. Verrücktes Weibsvolk!"

Oberst von Kettler zog an seiner Zigarre und sah sinnend vor sich hin. „Das ist erstaunlich. Muß sagen, die Mädels haben Mut, machen ein Experiment. Ich glaube, du würdest dich davor fürchten."

„Fürchten? Nee, ich würde als Mensch mit gesundem Verstand einen solchen Unsinn gar nicht anfangen."

„Hm! Wir wollen doch erst einmal die Ernte abwarten. Vielleicht lohnt sich das Experiment doch."

„Du glaubst wirklich?"

„Das ist zuviel gesagt. Ich habe aber in der landwirtschaftlichen Presse Interessantes darüber gelesen. Sage einmal, welchen Ertrag dürften die zwei Morgen im Durchschnitt bringen?"

„Die zwei Morgen . . . höchstens zweiunddreißig Zentner."

„Also gut, da wollen wir abwarten. Was wirst du nun aber tun? Du wirst versuchen, die beiden Acker zurückzukaufen?"

„Jawohl, das werde ich. Und den Tausch mache ich rückgängig."

„Da wirst du wohl nichts ausrichten können, lieber Alter. Der Vertrag ist gemacht und die Umschreibung im Grundbuch ist bewerkstelligt."

„Das wollen wir sehen!"

*

Am nächsten Morgen fuhr der alte Rüster tatsächlich nach dem Drei-Eichen-Hof, wo er die Mädchen, den alten Christian und Hans Sattler stark in der Arbeit antraf.

Man war bemüht, im Obstgarten eine Erdbeerplantage einzurichten.

Die bisher geleistete Arbeit, die bepflanzten Aecker und die mustergültige Sauberkeit auf dem Hofe nötigte dem Alten Respekt ab.

Er war schon etwas kleiner geworden, als er Helga die Hand reichte.

„Tag, Fräulein Kettler! Tüchtig in der Arbeit?"

„Ich danke, Herr Rüster. Es gibt Arbeit, und die macht uns Spaß."

„Nanu, ich habe immer gedacht, daß es die Stadtleute so bequem haben, daß sie sich nicht nach Landarbeit sehnen."

„Da sind Sie ein wenig im Irrtum, Herr Rüster. Wir in der Stadt sehnen uns auch darnach, Boden unter den Füßen zu haben und frei zu sein. Wer ist denn wohl frei als der Bauer?"

„Ja, das ist wohl so. Aber er muß sich verflucht rackern und abplagen.

„Das muß er. Ich hatte allen Respekt vor der Arbeit des Bauern, und mein Respekt ist nur noch gewachsen, seit ich selber auf dem Lande schaffe. Aber ich will gerne alle Mühe tragen, wenn ich frei sein kann."

Sie traten in die Wohnstube ein und nahmen am Tische Platz.

Else brachte eine Flasche Wein und zwei Gläser und schenkte ein.

„Das ist wohl die junge Frau?" fragte der alte Rüster.

Else wurde etwas rot. „Ja, das bin ich, Herr Rüster. Else Kadelmann bis vor kurzem, jetzt glückliche Frau Sattler."

„Also, Frau Sattler! Na, wie schmeckt denn die Landarbeit?"

„Gut, recht gut. Wir sind nicht mit törichten Illusionen, sondern dem festen Willen, uns umzustellen und zu arbeiten, hierhergekommen. Darum wird uns die Arbeit nicht entäuschen. Wir wollen sie bezwingen, und ich denke, es geht."

„Freut mich, freut mich, das aus Ihrem Munde zu hören, Frau Sattler. Sagen Sie mal, was haben Sie denn in der Stadt gemacht?"

(Fortsetzung folgt.)

Massenflucht aus Sowjetrußand

Tausende von Flüchtlingen liefen im Maschinengewehrfeuer über die Grenzen

Ueberfüllte Krankenhäuser in Bessarabien

Die Tätigkeit des russisch-rumänischen Grenzausschusses

Von Dr. Karl Brennert.

In einer seiner letzten Wahlreden wärmte der Kommunistenführer und russische Statthalteranwärter in Deutschland, Ernst Thälmann, wieder das so oft genug von sachkundiger Seite widerlegte Märchen von den geordneten Zuständen in der Sowjetunion auf. Rußland sei heute das einzige Land in der Welt, in dem keine Arbeitslosigkeit bestehe. In Wirklichkeit sieht es im roten Proletariatsparadies ganz anders aus, als es die Kommunisten bei uns wahr haben wollen. Es gibt, rein äußerlich betrachtet, in der Sowjetunion keine Arbeitslosen, weil die Erwerbslosen nicht amtlich registriert werden und weil alle verfügbaren aus dem Arbeitsprozeß herausgestoßenen Kräfte in den Konzentrationslagern zur Zwangsarbeit herangezogen werden. Das Elend der großen Masse der russischen Bevölkerung schreit jedenfalls zum Himmel. Umsonst ziehen Tausende und aber Tausende sowjetrussischer Bürger es nicht vor, lieber im Kugelregen russischer Grenzwachen auf unerlaubter Landesflucht zu sterben als noch länger die zweifelhaften „Segnungen" der bolschewistischen Lebenskultur am eigenen Leibe zu spüren.

Die Flucht der Massen verzweifelter Menschen aus dem Sowjetparadiese dauert immer noch an. Die Grenzwachen der Nachbarländer stehen vor der schier unlösbaren Aufgabe, diesen Nacht für Nacht über die Grenzen flutenden Strom russischer Flüchtlinge einzudämmen. Viele der Geflohenen begehen lieber auf der Stelle Selbstmord, als daß sie sich wieder über die Grenze in die ihnen zur Hölle gewordene Heimat abschieben lassen. So stark sind Furcht und Abneigung dieser Menschen gegenüber den herrschenden Vertretern eines Systems, das sich anmaßt, das Proletariat der ganzen Welt einer besseren Zukunft entgegenführen zu können! In Polen, Rumänien, der Türkei, Persien und der Mandschurei tauchen die meisten dieser verzweifelten Flüchtlinge, denen es nach Ueberwindung unsäglicher Schwierigkeiten gelungen ist, aus Rußland herauszukommen, nach einiger Zeit aus ihren Unterschlupfen auf. Sie haben inzwischen eingesehen, daß sie sich nicht wie früher vertrauensvoll den Grenzbehörden der Nachbarländer zu erkennen geben dürfen, wollen sie nicht Gefahr laufen, gegen ihren klar bekundeten Willen als lästige Ausländer an die Sowjetunion ausgeliefert und dort wie gemeine Verbrecher abgeurteilt zu werden.

Am barbarischsten ließ die russische Regierung diese Flüchtlinge an der bessarabischen Grenze verfolgen und standrechtlich hinrichten. Gehüllt in weiße Laken und Tücher versuchten dort Tausende unter dem Schutze der Nacht über den Dnjestr die rumänische Grenze zu überschreiten. Es kam zu jenen unerhörten Massenerschießungen, die in der ganzen gesitteten Welt allgemeine Entrüstung und in zahlreichen Ländern Protestaktionen hervorriefen. Nach Berichten von Augenzeugen war das Eisfeld des Flusses, der eine natürliche Grenze zwischen Rußland und Rumänien bildet, übersät mit Verwundeten und den Leichen erschossener Flüchtlinge. Trotz dieser scharfen Grenzüberwachung gingen Nacht für Nacht neue Flüchtlingskolonnen scharenweise diesen Weg des Todes. Nach amtlichen Meldungen der rumänischen Regierung belief sich **die Zahl der in einer Märzwoche dieses Jahres von den russischen Grenzwachen niedergemetzelten Flüchtlinge allein auf 1300!** Noch heute sind die Krankenhäuser in Bender und anderen bessarabischen Ortschaften überfüllt mit kranken Männern, Frauen und Kindern. **Ueber 1100 unverletzte Flüchtlinge wurden im Laufe des Aprils von rumänischen Behörden eingetragen.** Mit Rücksicht darauf, daß diese 1100 armseligen Menschen im Falle eines Rücktransportes nach Sowjetrußland zweifellos das Los ihrer Vorgänger teilen, das heißt kurzerhand niedergeschossen werden würden, hat sich die rumänische Regierung einstweilen gezwungen gesehen, diese bis auf weiteres nicht außer Landes zu verweisen und für die Verpflegung und Unterkunft der Flüchtlinge Sorge zu tragen.

Im rumänischen Parlament sind inzwischen diese Flüchtlinge Gegenstand mehrerer Anfragen an die Regierung gewesen, denn die Oeffentlichkeit will nicht, **daß die Geflohenen in Rußland dem sicheren Tode ausgeliefert werden!** In Genf hat sich bekanntlich ein Ausschuß gebildet, der sich mit dem weiteren Schicksal der Dnjestrflüchtlinge befassen soll. Nur in der Sowjetunion blieb wochenlang alles still. Die Rätepresse durfte kein Sterbenswort von dieser Massenflucht russischer Landsleute bringen. Die Regierung bewahrte anfangs auch dem Ausland gegenüber Schweigen und entschloß sich erst auf Drängen einiger benachbarter Staaten zu einer Darstellung der für sie so überaus peinlichen Vorgänge. Die Presse erhielt von oben her einen Wink und zog nun gegen die lügnerischen rumänischen Behörden zu Felde, welche die Geschehnisse in einer „unverantwortlichen Art und Weise" in ihren Berichten aufgebauscht und entstellt haben sollten. Natürlich stellte man russischerseits die ganze Angelegenheit als ein Kesseltreiben sowjetfeindlicher Mächte des Auslandes hin und warf den Rumänen insbesondere vor, sie begünstigten durch ihr Verhalten gegenüber den russischen Flüchtlingen nur die gegenrevolutionären Bestrebungen innerhalb der Räteunion. Immerhin sah man doch bald genug in Moskau ein, daß man die Weltöffentlichkeit in der Frage gegen sich hatte, und bequemte sich schließlich zu unmittelbaren Verhandlungen mit der rumänischen Regierung. Es war den Sowjets vor allem darum zu tun, die Sache nicht vor das Forum des Haager Schiedsgerichtes oder durch Rumänien vor den Völkerbund kommen zu lassen. So entstand ein russisch-rumänischer Untersuchungsausschuß zur Bekämpfung der Mißstände an der bessarabischen Grenze, dessen Tätigkeit kaum über die Feststellung gewisser Unregelmäßigkeiten betreffs der beiderseitigen Grenzüberwachung hinausgehen dürfte.

Wer trieb und treibt noch heute diese russischen Flüchtlinge scharenweise zur Flucht? Erwiesenermaßen handelt es sich bei der Mehrzahl der Geflohenen um Bauern mit ihren Familien. Um die Beweggründe ihrer Flucht befragt, gaben fast alle **Hungersnot sowie ihre ständige Angst zu, zur Roten Armee eingezogen und als „Kanonenfutter gegen die Japaner" irgendwie eingesetzt zu werden.** Andere wiederum ließen durchblicken, daß ihnen der Heimatboden deshalb zu heiß geworden sei, da man sie gegenrevolutionärer Umtriebe bezichtigt habe. Es scheint jedenfalls, als habe eine gewisse weißgardistische Propaganda innerhalb von Rußland im Laufe der letzten Zeit stärker um sich gegriffen, als dies bisher öffentlich bekannt geworden ist. Wann endlich werden die Schreckenstage Stalins und seiner Helfershelfer in der Sowjetunion gezählt sein?

Ungezogenheiten des Präsidenten Masaryk

Was der Tschechenpräsident über den Nationalsozialismus sagte. - Die, die einst Hindenburg aufhängten

Von unserem Prager Korrespondenten.

Zu den eingefleischtesten Gegnern des deutschen Nationalsozialismus gehören die Tschechen, welche ihrer Rolle als französische Vasallen dadurch besonders gerecht zu werden glauben, daß sie die deutsche Freiheitsbewegung möglichst kurzsichtig, einseitig und schief beurteilen. Die sudetendeutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei wird von der Prager Regierung nach allen Regeln der demokratischen Kunst verfolgt. Ueber hundert sudetendeutsche Nationalsozialisten schmachten derzeit in den Kerkern der tschechoslowakischen Republik. Sie sind des Hochverrats und der Geheimbündelei angeklagt und sollen in einem politischen Massenprozeß „erledigt" werden, der Aussicht hat, der **größte politische Prozeß zu werden, den die Republik bisher hatte.** Der tschechische Staatsanwalt hat allerdings seine liebe Not, das Anklagematerial zusammenzubringen, da er den Beweis zu führen haben wird, daß der nationalsozialistische „Volkssport" eine geheime, illegale, militärische Organisation war. **Die Verfolgungsmethoden der Prager Regierung weisen im übrigen auffallend viele Parallelen mit den Aktionen der Reichsregierung gegen die SA. und die NSDAP. auf.** Die Prager Polizei macht recht häufig Anleihen bei Severing und Grzesinsky, um Gründe für die Verfolgung der sudetendeutschen Nationalsozialisten zu bekommen, und ihr Verfolgungssystem gleicht dem Berliner in diesem Falle wie ein Ei dem anderen.

Die tschechische Einstellung zum deutschen Nationalsozialismus ist aber nicht nur durch dieses Verfolgungssystem charakterisiert, sondern auch durch das System einer fast **beispiellosen Pressehetze.** Die tschechischen Zeitungen von rechts bis links, von der führenden Tageszeitung bis zum kleinsten Winkelblättchen sind von einem fanatischen Haß gegen die nationalsozialistische Bewegung im Reich und im Sudetengebiet erfüllt. Es gibt keine Lüge, die dumm genug wäre, um nicht von tschechischen Blättern aufgegriffen zu werden, wenn sie sich nur gegen die deutschen Nationalsozialisten richtet. Sogar **Präsident Masaryk** spricht vom Nationalsozialismus nur in verächtlichem Tone als „Hitlerismus" und beurteilt die nationalsozialistische Bewegung als eine Art politischen Wahnsinns. In einer Unterredung mit einem ausländischen Zeitungsmann äußerte er sich u. a. „gegen die Hitlerei" wie folgt:

„Kein Mensch kann sagen, was diese Leute eigentlich wollen, keine Juden, keine Franzosen, keine Polen, keine Tschechoslowaken. Es kommt mir so vor, wie wenn jemand hier sich nackt auszieben würde, dem würden wahrscheinlich auch die Leute nachrennen. Es ist bei der Hitler-Richtung einfach die Galle, die Verärgerung der Menschen, die sich zurückgesetzt fühlen. Auch wir haben solche Erscheinungen gehabt, wenn auch lange nicht in diesem Ausmaße."

In dieser Weise beurteilt der Präsident der tschechoslowakischen Republik die mächtigste deutsche Volksbewegung, die je da war. Er nennt es „Galle und Verärgerung", wenn ein Volk sich sammelt, um das **größte Unrecht der Geschichte,** den Vertrag von Versailles, zu vernichten und die Ketten zu brechen. Und den Freiheitsdrang der Millionen Menschen, die heute hinter Hitler stehen, erklärt sich Herr Masaryk so, daß sie „sich zurückgesetzt fühlen". Es scheint, daß der Erfolg der letzten 10 Jahre die Nutznießer der Friedensverträge blind und taub gemacht hat für das Seelenleben unterdrückter und ausgebeuteter Völker.

Aehnlich wie sein Präsident, urteilt die gesamte Presse dieses Landes. Besonders hoch wird dabei die Hilfe der Sozialdemokratie für Hindenburg eingeschätzt, **denn die Tschechen fürchten Hitler wie der Teufel das Weihwasser.** So schreibt z. B. das „Pravo Lidu", das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten:

„Wir fragen heute jeden ehrlichen Arbeiter: Wie wäre ihm, wenn heute der Herrscher der Hakenkreuzler Hitler wäre, der Mameluk der Schwerindustrie und des Hauses Hohenzollern? Und wie würde die Position des Sozialismus im Urteil der ganzen Welt sein, wenn man sagen könnte: Die Sozialdemokratie hätte die Wahl Hitlers dadurch verhindern können, daß sie die Kandidatur Hindenburgs unterstützt hätte, aber vor lauter Rücksicht darauf, was die Kommunisten sagen, hat sie es zugelassen, daß Hitler gewählt wurde? Wir fragen noch einmal, wie wäre heute das Urteil über die deutsche Sozialdemokratie?"

Das sind dieselben tschechischen Sozialdemokraten, die in den Revolutionstagen des Jahres 1918 die Strohpuppen Kaiser Wilhelms und Hindenburgs am **Galgen durch die Straßen Prags führten,** wobei der Pöbel sie anspuckte und mit Kot und Steinen bewarf. Heute ist ihnen Hindenburg gut genug, um als Bogenschütze gegen Hitler zu dienen, heute ist der alte Feldmarschall gut genug, von Herrn Masaryk zur Wiederwahl beglückwünscht zu werden, von demselben Masaryk, der im Jahre 1918 mit allen Mitteln die Alliierten bewegen wollte, nach Berlin zu marschieren, um den Deutschen in der Reichshauptstadt den Frieden zu diktieren . . .

Frankreich und die Saar

In Frankreich haben die Wahlen eine neue, unumstößliche Mehrheit für Herrn Tardieu gebracht. Wie nun aber auch die Dinge sich entwickeln mögen, das deutsche Volk wird gut daran tun, sich immer die Tatsache vor Augen zu halten, daß in Frankreich derjenige Politiker am Ruder ist, der neben Clemenceau so recht eigentlich als Vater und Verteidiger der französischen Raub- und Gewaltpolitik gegen die deutsche Saar anzusehen ist. Daß Tardieu von seiner ursprünglichen unerbittlichen Haltung gegenüber den Saardeutschen noch nicht um eine Haaresbreite abgewichen ist, das hat er im Wahlkampf erst vor wenigen Tagen offen und frei vor aller Welt ausgesprochen. Der „Saar-Freund" bringt in seiner ersten Mai-Nummer einen Artikel von Verwaltungsdirektor Vogel, in welchem gerade auf diese neuen Invektiven Tardieus während des Wahlkampfes in sehr wissenswerter Weise eingegangen wird. Ein weiterer Artikel aus der Feder Direktor Vogels zeigt die ungeheure Gefahr, in der das Saargebiet gerade deshalb schwebt, weil sich seine kerndeutschen Bewohner, allen französischen Einschüchterungsversuchen und moralischen Folgermethoden zum Trotz, nicht umstimmen lassen, und weil es deshalb gewiß ist, daß sie bei der großen Volksentscheidung des Jahres 1935 für die Heimkehr zum deutschen Vaterlande eintreten werden. Gerade in dieser Tatsache erblickt der Verfasser mit Recht eine besondere Gefahr. „Raubvögel an der Saar", so lautet sein Warnungsruf, und wer die streng mit authentischen Pressezitaten belegten Ausführungen liest, der wird sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß man in der Tat in Frankreich ein „fait accompli", sei es auch noch so rechtswidrig, der Volksabstimmung im Saargebiet vorziehen würde.

Die neuen Kriegsschuldenetats

Mit einer Selbstverständlichkeit, die eine Unverfrorenheit sondergleichen darstellt, hat die französische Regierung weitere deutsche Reparationszahlungen in den neuen französischen Haushaltsplan eingesetzt. Diese Tatsache beweist besser als alles andere, wie niedrig leitende französische Staatsmänner den Widerstandswillen des gegenwärtigen Reichskabinetts in der Tributfrage einschätzen. Bei uns ist man den Tributmächten gegenüber sehr viel „zartfühlender" und hat zwecks Vermeidung außenpolitischer Konflikte bisher keinen Etat aufgestellt, der irgendwie zum Ausdruck bringt, daß wir nicht gewillt sind, auch nur einen einzigen Pfennig für Reparationen zu zahlen. Im englischen Etat werden keine Reparationseinnahmen angeführt, aber auch keine Kriegsschuldenzahlungen an die Vereinigten Staaten! Die Vereinigten Staaten, die sich nicht ganz zu Unrecht über den unsinnig in die Höhe getriebenen Rüstungsetat mehrerer europäischen Staaten, welche die Schuldner Amerikas sind, entrüsten, wollen von einer allgemeinen Schuldenstreichung nichts wissen und führen deshalb im neuen Staatshaushalt den Posten „Kriegsschulden" unerbittlich weiter. Eine politische Tragikomödie!

Werbt für Euer Kampfblatt die

BNS

Wieder ein Zentrums-Separatist

Immer noch dürfen in dieser Partei solche Leute wühlen.

Es ist ein Skandal

Essen, 9. Mai. Von Zentrumskreisen wurde eine Männerprozession gegen die Gottlosenbewegung zum Annaberg bei Haltern veranstaltet, an und für sich eine mögliche Sache, von der man nur wünschen möchte, daß sie ihre Wellen bis in die Berliner Parlamente und in deren Zentrumsfraktionen sich ausbreiten lassen möchte.

Weniger löblich scheint es uns indessen, daß auf dem Annaberg über die „aktuellen Tagesfragen des Katholizismus" ein Studienrat Dr. Kuckhoff aus Köln referierte. Sollte dieser Kuckhoff nicht derselbe Studienrat Kuckhoff aus Köln sein, **der als preußischer Landtagsabgeordneter des Zentrums im Sommer des Jahres 1919 zusammen mit dem Kölner Oberpfarrer Kastert zu dem französischen General Mangin in Mainz reiste, um von ihm die Errichtung der rheinischen Republik zu fordern!**

Damals mußte sogar der sozialdemokratische Jude Hirsch, der damals Ministerpräsident in Preußen war, im Preußischen Landtag gegen den Separatismus des Zentrums in schärfster Weise Stellung nehmen. Und das Zentrum schüttelte daraufhin den Herrn Studienrat Kuckhoff ab, der sein Mandat niederlegen mußte.

Heute spricht der Separatist Kuckhoff, der immer noch preußischer Studienrat sein darf, wieder für das Zentrum gegen die Gottlosen. O wie herrlich, o wie schön, ist doch dieses anzusehen . . .

„Der Wirtschaftsaufbau im dritten Reich" von Dr. A. Pfaff, Mitglied des Reichswirtschaftsrat der NSDAP. 50. Tausend! Deutscher Volksverlag, Dr. E. Boepple, München 2 SW. Preis 50 Pfg.

Das 50. Tausend der vor wenigen Wochen erschienenen Schrift „Der Wirtschaftsaufbau im dritten Reich" von Dr. A. Pfaff, Mitglied des Reichswirtschaftsrat der NSDAP., ist soeben erschienen. Die Veröffentlichung war absolut notwendig, denn der Ruf nach einer kurzgefaßten, klaren, sachlichen und gemeinverständlichen Darstellung unserer Wirtschaftsziele wollte nicht verstummen! „Der Wirtschaftsaufbau im dritten Reich" erschien und Hunderte und Tausende von Vorkämpfern unserer Bewegung widerlegten bereits damit Zweifler und Nörgler und führten neue Massen von überzeugten Volksgenossen in unsere Reihen. Viele Gaue und Untergruppen haben schon ihren Rednern und Amtswaltern die Schrift als Rüstzeug gegeben. Die kommenden Wahlen können aber nicht mehr von den Rednern allein für uns entschieden werden. Dazu bedarf es des Einsatzes der letzten Parteigenossen. Die Pfaff'sche Schrift gibt ihm die Möglichkeit dazu, erfolgreich zu werben und sachlich zu überzeugen. Der geringe Preis von 50 Pfennig ermöglicht jedem die Anschaffung!

Volk und Wirtschaft

Wieder Konjunktur!

Aber nur für Devisenschieber! — Liechtenstein, die „letzte deutsche Monarchie" — das Eldorado für Mosses

Eigentlich haben wir ja immer Konjunktur, um erst einmal bei dem Begriff zu verweilen. Schlechte Konjunktur oder gute Konjunktur, aber da sich in der Nachkriegszeit der Brauch eingebürgert hat, nur bei einer Wirtschaftsbelebung von „Konjunktur" zu sprechen, so sei es erlaubt, das Wort hier ebenfalls in diesem Sinne zu gebrauchen.

Unzweideutig, es gibt wieder eine Konjunktur! Gewisse Luxusmodegeschäfte klagen bereits über — Arbeitsüberlastung. Französische Parfüms und sonstige kostbare oder besser gesagt kostspielige Toilettenartikel, die man natürlich mindestens in gleicher Güte von deutschen Fabrikanten beziehen kann, finden nach langer Zeit wieder Käufer. Eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes kann dadurch natürlich nicht eintreten, und wir müssen sogar feststellen, daß es uns in Deutschland wirtschaftlich noch immer schlechter und schlechter geht, aber in gewissen kleinen Kanälen fließt wieder Geld und Gold ...

Zur gleichen Zeit häufen sich

die Devisenschieber-Prozesse.

Fast kein Tag vergeht, daß nicht neue Verhaftungen von Cohns, Blumenfelds und Failchentals gemeldet werden. Inhaber bekannter Bankhäuser werden festgenommen, stürzen sich während des Verhörs bei der Zollfahndungsstelle aus einem höhergelegenen Stockwerk auf einen Lichthof, wo sie mit zertrümmerten Knochen liegen bleiben, andere werden in Luxushotels verhaftet, noch andere in teuren Gaststätten, in ihren Villen, in ihren Kraftwagen. Aber man weiß aus der Erfahrung einer gewiß nicht schönen Zeit, daß bei solchem Anwachsen einer Massenkriminalität, immer nur ein kleiner Bruchteil von Verbrechern gefaßt wird, was, „finanztechnisch" gesprochen, lediglich die Risikoprämie für die erhöht, die sich gegen das Gesetz vergehen. Den Verbrechen selbst wird damit keinerlei Einhalt geboten.

Wie soll es denn auch! Was wird nicht alles ersonnen, um verbotene Devisenbeträge, verbotene Geldmengen und andere Wertobjekte über die Grenze zu schmuggeln! Gewiß, die deutschen Zollfahndungsstellen sind gewitzt und haben ihre Erfahrung, und der Beamtenapparat arbeitet mit echter deutscher Gründlichkeit. Aber wer durchsucht, wer kann alle die Koffer mit doppelten Böden, die Gebisse der eleganten Damenfüchse, die hohlen Schirm- und Stockknaufe durchsuchen! Und es gibt wahrhaftig noch andere Wege, um die Behörden hinters Licht zu führen. Man ist versucht, einen Zusammenhang zwischen der eingangs erwähnten „Konjunktur" und den wachsenden Devisenschiebungen herzustellen. Es gibt wieder eine Konjunktur — aber nur für Devisenschieber!

Und auch weiter wird Kapital verschoben!

Ein verbotenes Gewerbe

hat sich bereits entwickelt, verboten zwar, aber doch ein Gewerbe — das ehrliche Gewerbe möge verzeihen, es hat damit nichts zu tun! — eine Erscheinung, die immer festzustellen ist und festzustellen sein wird, wenn es sich um Krankheiten der Wirtschaft handelt. Und der Heilungsprozeß? — Er liegt auf einem ganz anderen Gebiete, auf einem Gebiete allgemeinpolitischer Natur. Aber diese Kritik gehört nicht hierher, wenn sie auch Hauptdarstellerin ist in der großen Tragödie, die sich in Deutschland gegenwärtig abspielt, und in der die Schieber und Schwindler nur ihre gemeinen, ja ekelhaften Nebenrollen spielen.

Und es gibt Zeitungen in Deutschland, die in deutscher Sprache, wenn auch in lateinischer Schrift, erscheinen, Zeitungen, die sich „Weltblätter" nennen, die — wie Mosses aus der Jerusalemstraße —

private „Weltwirtschaftskonferenzen"

veranstalten und im Rahmen ihrer mehr oder weniger ersprießlichen Tätigkeit „gegen die Autarkie" Inserate veröffentlichen, in denen z. B. der Liechtensteinische Verkehrsverein Vaduz „die letzte deutsche Monarchie" am Oberlauf des Rheins preist. Liechtenstein, das Dorado der Kapitalverschieber, der Steuerflüchtlinge und ähnlicher Existenzen. Man preist ihnen die — „letzte deutsche Monarchie"! Wir wollen über die monarchischen Gefühle der neuen Bürger von Liechtenstein nicht rechten und nur mit Befriedigung feststellen, daß sie nicht vorhanden sind. Aber es ist nicht ohne tragikomischen Beigeschmack, wenn das Blatt, von dem hier die Rede ist, auf derselben Seite, auf der

der Liechtensteinische Verkehrsverein sein Inserat präsentiert,

auch eine Betrachtung über das Ländchen bringt. Wir lesen da u. a.: **„Stadt und Schloß Vaduz, die Stadt hat 1400 Einwohner, kamen im Jahre 1699 an das fürstliche Haus Liechtenstein, dessen Gebiet jetzt 157 Quadratkilometer mit 10 000 Einwohnern umfaßt ... Sie zeichnen sich durch einen hohen Grad von Neutralität gegenüber den politischen Streitigkeiten aus, in die andere große Länder dauernd verwickelt werden. Die Neutralität des Bauernländchens Liechtenstein ist so groß, daß viele Europäer (eine schöne Umschreibung!), die sich der Politik und den Steuern gewisser Länder entziehen wollten, noch lieber das Liechtensteinsche Bürgerrecht als das schweizerische erworben haben, obwohl die Gebühr dafür ungefähr 20 000 Franken beträgt ... Die neuen Bürger dieses Landes, das in der herrlichen Umgebung hoher Alpenberge liegt, haben sich auf den umliegenden Höhen zum Teil schon angesiedelt und hübsche Villen errichtet. Fast noch zahlreicher als die Einwanderung von Menschen ist aber die Einwanderung von Gesellschaften, die aus Steuergründen ihren Sitz in Liechtenstein errichten. Ende 1928 gab es in Liechtenstein bereits 333 Unternehmungen, zum Teil kleinere, wie z. B. die berühmten Schauspieler G. m. b. H.'s, Einmanngesellschaften, deren Inhaber und natürlich schlechtbezahlter Geschäftsführer der betreffende Schauspieler war ... Wieviel Kapital auf diese Weise formell in Liechtenstein verwaltet wird, das kann man heute garnicht übersehen; es dürfte sich aber um Milliarden handeln. Je nach der Größe beträgt die gesamte Steuer, die von Gesellschaften in Liechtenstein zu entrichten ist, nur ½ bis 1 pro Mille des Vermögens. In Einzelfällen gibt es noch niedrigere Sätze ... Steuerabonnements zu besonders billigen Sätzen können auf die Dauer von 30 Jahren abgeschlossen werden ... Die Bewohner beschäftigen sich hauptsächlich mit Viehzucht und Weinbau ... Der Landtag hat nur eine Partei, die Bürgerpartei. Zwar gibt es auch eine Opposition, die aber nicht im Parlament vertreten ist. (Soll wohl heißen, besonders von der nationalen Opposition in Deutschland hat man nichts zu befürchten. Die Red.) ... Wer das eigenartige Stückchen von Europa, das Liechtenstein heißt, aufsuchen will, kann das sehr gut auf einer der Reisen tun, die er nach Graubünden, Chur, Davos, St. Moritz unternimmt ..."**

Also: auf nach Liechtenstein am Oberrhein mit dem Landtag ohne Opposition und der friedliebenden Bevölkerung, die — hauptsächlich — sich mit Viehzucht und Weinbau beschäftigt! — Oder wäre es nicht doch besser, wenn, solange allgemeinpolitisch das Steuer nicht herumgeworfen wird in Deutschland, wenigstens das Strafmaß für Kapitalflüchtlinge ein wenig erhöht wird?! Die deutsche Wirtschaft lechzt nach einer Belebung, aber wir danken für eine Konjunktur der Devisenschieber, die die „Monarchie" am Oberrhein als Kapitalparadies plötzlich so interessant finden, nachdem sie die Monarchie am deutschen Rhein als Militärparadies geschmäht und beschimpft haben.

Wie sie die Wirtschaft „ankurbeln"

Milde gegen Devisenschieber — Rücksichtslose Strenge gegen die schaffende Wirtschaft

Im „Erzgebirgischen General-Anzeiger" gibt die Firma Olbernhauer Wachsblumen-Fabrik Otwin Jehmlich öffentlich Aufklärung über die Ursachen ihrer Betriebsstillegung. Diese aufsehenerregenden Ausführungen verdienen allgemeines Interesse und werden lebhafte Beachtung finden. Die Firma schreibt:

„Das Olbernhauer Finanzamt fordert von mir für die Jahre 1926—1929

Steuernachzahlungen in Höhe von rund 360 000 Mark.

Diese Summe hat ein Prüfer des Landesfinanzamtes anläßlich einer Buch- und Betriebsrevision im März 1930 herausgerechnet und konstruiert, indem er

1. Kalkulationsunterlagen, die aus der Inflation stammen, seinen Berechnungen zugrunde legte, ohne zu berücksichtigen, daß sich in den vergangenen 10 Jahren die Spesen mehr als verdoppelt haben;
2. hat der Buchprüfer die 20 Jahre lang gleichmäßig geübte Bilanzhandhabung in bezug auf Rückstellungen und Abschreibungen für Außenstände, Rohstoffe und Fertigwaren und dergleichen willkürlich abgeändert und dadurch naturgemäß einen Riesen-Reingewinn auf dem Papier konstruiert.

Gerüchte kamen mir zu Ohren, aus denen hervorgeht, daß ich überhaupt keine Steuern bezahlt habe. Tatsache ist, daß ich für die vier in Frage kommenden Jahre auf Grund der von meinen beeideten Bücherrevisoren festgestellten Bilanzen

Steuern in einer Gesamthöhe von 348 200 Mark

richtig abgeführt habe und es ist unverständlich, daß trotz unzähliger Gesuche für diese Tatsachen wenig Verständnis bei maßgebenden Stellen zu finden ist.

Nachdem das Finanzamt zwei volle Jahre Zeit gehabt hat, die Veranlagung auf Grund des Buchprüfungsberichtes, gegen den ich im Einspruchsverfahren Stellung genommen und die gesamten Forderungen widerlegt habe, vorzunehmen, fordert das Finanzamt und das Rathaus von mir monatliche Ratenzahlungen von 10 000 Mark für Einkommen- und Gewerbesteuer, während ich an Kirchensteuer 17 000 Mark aufbringen soll, ohne daß bisher eine Rechtsklärung herbeigeführt worden ist.

Meine Stundungsgesuche beim Landesfinanzamt und Finanzministerium sind abgelehnt worden mit dem Bemerken, daß mein Betrieb ja noch liquid sei. Meine Stundungsgesuche gingen keineswegs dahin, einen Erlaß von Steuern zu erwirken, sondern die Finanzbehörden sollen mir die Forderung dieses Riesenbetrages nur solange stunden, bis die Sache finanzgerichtlich geklärt ist. Ein absolut billiges Verlangen, wenn man berücksichtigt, daß das Finanzamt mit seinem Vorgehen mein Betriebskapital wegsteuert und meinen Kredit untergräbt.

Der Bürger und Unternehmer wird einfach rechtlos gemacht, indem man ihm Steuergelder abfordert, bevor man ihm Gelegenheit gibt, die Rechtmäßigkeit einer Forderung zu widerlegen, und deshalb bin ich genötigt, **meinen Betrieb für den 30. April zu schließen und mein Lebenswerk vernichtet zu sehen,** weil mir das Betriebskapital enteignet werden soll. Man stelle sich nur mal vor, was heute ca. 360 000 Mark für eine Summe sind und was es bedeutet, eine solche Summe auf einen Zeitraum, der bis zu 6 Jahren zurückliegt, bei dem heutigen Wirtschaftsniederbruch zahlen zu müssen.

Das steht ganz und gar im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Wirtschafts- und Finanzministers Hedrich anläßlich einer kürzlich stattgefundenen Tagung der sächsischen Wirtschaft in Dresden. So sieht die Ankurbelung der Wirtschaft in Wirklichkeit aus!"

Man braucht diesem einen Fall aus tausend anderen Fällen kein Wort mehr zuzufügen! Das Deutschland von 1932 ist damit genügend charakterisiert.

Wankende Bonzenthrone

Es kriselt bei den Konsumvereinen

„Gepag" Großeinkaufs- und Produktions-AG. deutscher Konsumvereine

Köln, 10. Mai. In der o. HV., in der ein AK. von 1,99 Mill. RM. Stammaktien vertreten war, wies Generaldirektor Schlage auf den **Kampf gegen die Konsumgenossenschaften in den Tageszeitungen** und in den Fachblättern des Mittelstandes hin. Gegen den Antrag der Konsumgenossenschafts-Verbände auf Bereitstellung eines Sanierungsfonds für schwachgewordene Konsumgenossenschaften würde protestiert. Dabei handele es sich nur um Einzelfälle und auch nur um die Sicherstellung von Spargeldern. Den Konsumgenossenschaften würde es nicht eingefallen sein einen derartigen Antrag zu stellen, wenn das Reich nicht in geradezu freigiebiger Weise Landwirtschaft und gewerbliche Genossenschaften gestützt hätte. (?) Hunderte Millionen Reichsmark seien für diese Zwecke zur Verfügung gestellt worden. Daß die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels bei der Reichsregierung Protest erhoben habe, sei umso unverständlicher, als auch die „Edeka"-Genossenschaften des Einzelhandels aus dem gemeinsamen Fonds des Reiches bedacht worden seien. Ein Aktionär war der Ansicht, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung heute ganz allein stehe und sich nur aus eigener Kraft stützen könne. Er stellte deshalb den Antrag, die Dividende in diesem Jahre ausfallen zu lassen, um den für die Gewinnausschüttung benötigten Betrag einem neu zu gründenden Reservefonds zuzuführen und damit evtl. notleidende Genossenschaften zu unterstützen.

Der Antrag wurde jedoch gegen eine große Mehrheit abgelehnt und die Verwaltungsvorschläge (4 Proz. Dividende und Ueberweisung von 320000 Rm. an die Reserven und Schuldnerrücklage) einstimmig genehmigt.

Kein nennenswerter Rückgang der Arbeitslosigkeit

Berlin, 10. Mai. Nach Mitteilung der zuständigen Stelle betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 30. April 5 737 000, das ist rund 197 000 weniger als Mitte April. Im Einzelnen wurden aus der Arbeitslosenversicherung 1 232 000 Personen, aus der Krisenfürsorge 1 675 000 Personen unterstützt, während die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen rund 2 Millionen betrug.

Der Handel mit Moskau

Erfahrungen eines Randstaates.

Riga, 10. Mai. Die Kündigung des Handelsvertrages mit Sowjetrußland durch die lettländische Regierung ist trotz der unbefriedigenden Entwicklung der lettländisch-sowjetrussischen Handelsbeziehungen völlig überraschend gekommen. Das Blatt „Latvis" macht darauf aufmerksam, daß noch eine halbe Stunde vor der Kündigung in einer Sitzung des Handelsvertragsausschusses in Anwesenheit von Vertretern des Außenministeriums beschlossen worden sei, von einer Kündigung abzusehen, vielmehr durch Verhandlungen Verbesserungen zu erzielen. — Die Kündigung ist auf die starke Unzufriedenheit zurückzuführen, die die zunehmende Verminderung der sowjetrussischen Aufträge, die längst nicht den vertraglich festgelegten Stand erreichten, ausgelöst hat. Rußland ist nach dem Handelsvertrag zu Aufträgen im Betrage von rund 40 Millionen Goldfranken im Jahre verpflichtet, hat aber bereits im Vorjahre nur einen Bruchteil dieser Bestellungen wirklich erteilt, so daß vertraglich Lettland noch Aufträge von insgesamt 70 Millionen zu verlangen hat. **Die russischen Valutaschwierigkeiten zwingen die Moskauer Regierung eben immer mehr, ihre Bestellungen im Auslande einzuschränken. Man hofft in Lettland, daß man durch die Kündigung einen Druck in diesem Sinne auf Moskau ausüben können wird.**

Immer wieder Halbheiten

Die Notlage der Sozialversicherung und das Kreditermächtigungsgesetz

Der sozialpolitische Unterausschuß hat trotz seiner Beratungen keine Vorschläge zur Sanierung über die notleidende Sozialversicherung machen können. In der nächsten Woche will der Ausschuß versuchen, durch Aenderung der sozialpolitischen Bestimmungen der letzten Notverordnung die Lage der Invalidenversicherung usw. zu bessern.

Wenn das so einfach wäre, dann muß man sich immer noch wundern, daß trotz aller Ausschußsitzungen noch keine Rettung vor dem Zusammenbruch eingetreten ist. Diese Systemträger sind eben, wie täglich immer wieder aufs neue bewiesen wird, unfähig, die Ereignisse zu meistern.

Ein Kredit-Ermächtigungs-Gesetz in Form einer Prämien-Anleihe, wie es das Reichskabinett und der Reichsrat beschlossen haben, um damit eine Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen, wird, wir sagen es wiederum vorher, eine verfehlte Maßnahme darstellen. Die ursächlichen Gründe, die überhaupt die Not herbeiführten, werden damit nicht an der Wurzel bekämpft. Es sind wieder Maßnahmen, die grundlegende Aenderungen nie herbeiführen können.

Abtreten! und der Nationalsozialismus wird zeigen, welche neuen Wege gegangen werden müssen, um Deutschland aus dem Elend herauszuführen.

Die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Judenfirma Bata

Zlin (Mähren), 10. Mai. Der vollständige Stillstand der Schuhausfuhr aus der Tschechoslowakei hat die Schuhfirma Bata in Zlin schwer getroffen. Sämtliche Neubauten sind eingestellt worden. 5000 Bauarbeiter wurden bereits entlassen. Die Erzeugung in Zlin beträgt 180 000 Par Schuhe täglich. Der Inlandsbedarf beträgt aber nur 75 000. Es werden daher 55 000 Paar Schuhe täglich zuviel erzeugt. Voraussichtlich werden weitere 7000 Arbeiter entlassen werden. Die gesamte Belegschaft bei Bata beträgt 24 000 Arbeiter.